



KLJB
Katholische
Landjugendbewegung
Bayern



Wahlzeit! 8. Oktober 2023

Infos und Aktionen zur Landtagswahl in Bayern

Vote16 – Bayern sammelt Unterschriften!



Seit dem 3. Mai 2023 sammeln wir in ganz Bayern Unterschriften für unser großes Ziel: Wir wollen das Wahlalter in Bayern von 18 auf 16 Jahre senken und dafür zunächst über 25.000 Unterschriften sammeln!

Wir zeigen mit dem Volksbegehren in einem großen Bündnis von über 50 Parteien und Organisationen aus allen Teilen der Gesellschaft, was die Jugend erreichen kann – die Initiative von Vote 16 e.V. wird vom ganzen Bayerischen Jugendring und seit Anfang an von der KLJB Bayern unterstützt!

Impressum

Herausgeber:

© Landesstelle der Katholischen Landjugend Bayerns e. V.
Kriemhildenstraße 14, 80639 München, 1. Auflage 2023
www.kljb-bayern.de, landesstelle@kljb-bayern.de

Redaktion:

Heiko Tammena, Franz Wacker, Zoe Maier

Druckvorlage:

Stefanie Hennrichs

Hinweise:

Reproduktionen jedweder Art (auch in Auszügen) sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Wir sind wie ihr gespannt, wie sich das Volksbegehren entwickelt – und danken allen sehr für den Einsatz: Auf euch kommt es wirklich an!



KLJB-Landesvorstand und KLJB-Landesstelle

Tipp

Alle Informationen hat Vote 16 e.V. in einem sehr tollen Info-Hub gesammelt: hub.vote-16.de

Mehr dazu noch auf S. 28!



Liebe KLJBler*innen,

am 8. Oktober 2023 findet die Landtagswahl in Bayern statt. Unter dem **#WAHLZEIT** rufen wir als KLJB Bayern dazu auf, wählen zu gehen und vor den Wahlen in persönliche Gespräche mit Kandidat*innen aller demokratischen Parteien zu gehen, um unsere jungen Themen vom Land einzubringen.

Dabei hilft euch diese Wahlbroschüre! Wir stellen euch dabei acht Wahlprüfsteine aus Beschlüssen der KLJB vor, zu denen wir fünf Parteien befragt haben. Dabei erhebt diese Broschüre nicht den Anspruch, die Vielfalt der Wahlprogramme der Parteien in allen Details darzustellen, sondern einen Überblick der politischen Positionen zu aktuellen Themen zu geben, die uns als KLJB im Hinblick auf die Wahl beschäftigen.

Ebenso werden hier fünf junge Kandidat*innen beispielhaft vorgestellt - und freilich nicht alle Politiker*innen und alle ihre Einstellungen im vollen Umfang. Genau diese Vielfalt an demokratisch engagierten Menschen müsst ihr etwa im eigenen Stimmkreis am besten selbst im Gespräch herausfinden!

Dazu kommen viele kreative und spannende Methoden, wie ihr Politik als Landjugend zum Thema machen und ins Gespräch kommen könnt, ob beim „Cook & Talk“, beim Speed-Dating oder Wahl-Zirkus: Es kommt darauf an, dass ihr sagt, was die Landjugend bewegt und was ihr von euren regionalen Kandidat*innen erwartet!

Viel Spaß mit unseren Anregungen - wir freuen uns auf eure Social-Media-Beiträge, wie ihr unsere Aktionsvorschläge umsetzt! Schickt uns Fotos und verwendet **#WAHLZEIT**...

Macht unsere jungen Stimmen für alle hörbar und motiviert alle, wählen zu gehen, denn eines verbindet uns als KLJB alle: Werte wie Demokratie, Nächstenliebe und Toleranz müssen aktiv gelebt werden – bevor sie untergehen und die in den Landtag kommen, die diese Werte bekämpfen!

Auf Euch kommt es an!



Wacker

Franz Wacker
KLJB-Landesvorsitzender



Zoe Maier

Zoe Maier
Sprecherin Arbeitskreis Politik und Gesellschaft
(AK PuG)



H. Tammena

Heiko Tammena
Referent für Öffentlichkeitsarbeit
und politische Arbeit,
KLJB-Landesstelle

Warum geben wir der AfD keine Bühne?

Gleich nach der Landtagswahl 2018 haben wir bei einem KLJB-Landesausschuss die wichtige Frage diskutiert und geklärt: Wie halten wir es mit dieser Partei im Landtag, die sich damals schon nicht vom Rechts-Extremismus abgrenzen wollte? Sie ist seitdem noch weiter nach rechts gerückt, so dass sie seit 2022 als ganze Partei vom Verfassungsschutz beobachtet werden kann, weil sie zum „rechtsextremistischen Verdachtsfall“ erklärt wurde.

So führen wir nach dem Beschluss keine Gespräche mit der AfD, nehmen keine Einladungen an und sprechen keine aus. Auch in dieser Broschüre wollen wir der Partei keine Bühne für ihre Rechtsaußen-Parolen bieten.

Am Ende unserer fünf Wahl-Videos „Ein Getränk zur Wahl“ mit den Spitzenkandidat*innen haben wir daher noch ein Video gedreht mit einem leeren Stuhl und einer Begründung: Warum geben wir der AfD keine Bühne in der KLJB? Hier Auszüge aus dem Video-Skript:

Mein rechter, rechter Platz ist frei und das ist auch gut so! Aber Warum?

- Weil wir niemandem eine Bühne geben wollen für reine Provokation von Rechtsaußen.
- Weil diese Partei nichts von der Erinnerung an die Nazi-Verbrechen wissen will. Sie hat den Landtag

verlassen, als die Präsidentin der Jüdischen Gemeinde München eine Rede gehalten hat. Sie als Opfer des Nationalsozialismus hielt eine Rede zum Holocaust-Gedenktag.

- Weil diese Partei uns als demokratische Jugendverbände abschaffen will. Sie hat mehrere Anträge gestellt, die Zuschüsse an den Bayerischen Jugendring zu streichen. Sie will also die Existenz unserer Jugendarbeit in Bayern völlig in Frage stellen.

→ Weil diese Partei einfach nur dumpfe Parolen statt Lösungen bieten kann. Seit 1994 wurden keine Rügen im Bayerischen Landtag erteilt. In der aktuellen Legislaturperiode hat diese Partei bereits 22 Rügen aus dem Präsidium des Landtags für Beleidigungen und

Verleumdungen im Plenum erhalten.

- Weil diese Partei Politik mit Hass und Hetze macht. Eine Partei, die den Klimawandel leugnet, und in zahlreichen Debatten und Anhörungen zum Klimaschutzgesetz behauptet: „Eine Klimakrise gibt es nicht.“ Eine Partei, die „die deutsche Identität und Kultur durch die Migration bedroht“ sieht und deshalb „die nationale Identität stärken will“. Eine Partei, die öffentlich gegen queere Personen hetzt und über Transmenschen witzelt.



Es gibt keine Grundlage für gemeinsame Gespräche.

Wir haben keinen Platz für diese Partei. Für uns gibt es nur das, was das Grundgesetz und unser Glaube uns klar sagt: Alle Menschen haben das Recht auf Schutz vor Diskriminierung. Und: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Wir als KLJB stehen für Demokratie, Vielfalt und Toleranz und setzen uns jeden Tag für eine vielfältige, solidarische, offene und bunte Gesellschaft ein.

Bayern ist ohne Hass und Hetze viel schöner!



Beschluss LA II/2018
9.-11.11.2018 im Haus Werdenfels



Empfehlungen zum Umgang der KLJB mit der AfD

Nach der Landtagswahl in Bayern am 14.10.2018 haben wir eine Fraktion der AfD im Landtag. Wir nehmen es als sehr problematisch wahr, dass diese Partei zum Rechtsextremismus keine Grenze ziehen will und sich im weiten „Graubereich“ zwischen rechtskonservativ und rechtsextrem-antidemokratisch bewegt.

Das fordert auch uns als katholischen Jugendverband heraus, weil wir seit Jahren für Demokratie und Toleranz eintreten und uns in vielerlei Form dafür einsetzen, dass Rechtsextremismus, Hass und Menschenfeindlichkeit keine Chance haben.

Wir orientieren uns an den Empfehlungen des BDKJ-Bundesvorstands zum Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsradikalen Parteien und Organisationen von 2017:

„Wo Haltungen vertreten werden, die unserem Verständnis einer pluralistischen und vielfältigen Gesellschaft widersprechen und die demokratischen Strukturen und das Grundgesetz nicht achten, gibt es keine gemeinsame Gesprächsgrundlage für eine leben-

Info

Infos zum Thema Rechtsextremismus

-  Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (Träger: Bayerischer Jugendring mit mobilen Beratungsstellen in Regierungsbezirken)
www.lks-bayern.de
-  Bayerisches Bündnis für Toleranz (Mitglied u.a. Bauernverband, BDKJ und Bayerischer Jugendring)
www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de
-  Bundes-Arbeits-Gemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (Mitglied KLJB Bayern, u.a. sehr gute Broschüre zu Rechtspopulismus)
www.bagkr.de
-  Kompetenzzentrum für Demokratie und Menschenwürde der Katholischen Kirche in Bayern (zwei Stellen in Nürnberg und Freising, im Beirat u.a. KLJB Bayern)
www.kdm-bayern.de

Tipp



Werkbrief „Rechtsextremismus auf dem Land“

Der KLJB-Werkbrief „Rechtsextremismus auf dem Land“ von 2014 ist immer noch gut bei den Methoden zur politischen Bildung, wenn es auch leider viel Bedarf an Aktualisierung zur AfD und ihrer Entwicklung gibt.

Erhältlich unter
www.landjugendshop.de



KLJB gegen „GMF“ = Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

„Wir suchen den offenen, vorurteilsfreien Dialog und die Begegnung mit anderen Kulturen und Religionen. Das Zusammenleben aller Menschen soll von Achtung, Akzeptanz und Toleranz geprägt sein“
(Leitlinien der KLJB Bayern, 2010).

Mit diesem Zitat beginnt der Antrag „Gemeinsam gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, der im November 2022 auf dem KLJB-Landesausschuss beschlossen wurde. Doch was bedeutet abgekürzt „GMF“ eigentlich im Grunde und worauf will dieser Antrag hinaus?

GMF bezeichnet die Ablehnung und dadurch auch **DISKRIMINIERUNG** von uns „fremden“ bzw. nicht vertrauten Personen(-gruppen). Einfach gesagt: Wen wir nicht kennen, den behandeln wir anders und oft unfair. Da diese Feindlichkeit eine große Herausforderung für Demokratie und Toleranz darstellt und Vorurteile tief in unserer Gesellschaft verwurzelt sind, auch bei Menschen, die Diskriminierung grundsätzlich ablehnen, richten wir uns gegen all diese Tendenzen und setzen uns aktiv für Toleranz, Demokratie und Nächstenliebe ein.

Unsere Sozialisation ist teilweise für uns unsichtbar von **MENSCHENFEINDLICHKEIT** durchzogen, weshalb es wichtig ist, diese Züge sichtbar zu machen, anzuprangern und dagegen vorzugehen, da wir die Abwertung von Menschen bereits im ganz Kleinen strikt ablehnen. Wir betrachten die wichtigsten Teile der GMF



in Bezug auf ländliche Heimat und handeln dabei nach dem Prinzip der katholischen Jugendarbeit: „Sehen. Urteilen. Handeln.“

In Bezug auf **RASSISMUS** bedeutet das für uns konkret, rassistische Muster zu erkennen, die, geprägt von Kolonialismus und Nationalsozialismus, uns auch heute noch, niederschwellig oder offensichtlich, im alltäglichen Leben begegnen und aktiv gegen die Ausgrenzung von People of Color vorzugehen. Dabei sind wir uns unserer Rolle als „Allys“ (solidarisch Verbündete) bewusst, da unser Verband vorwiegend weiß ist und wir somit nicht als direkt Betroffene agieren und erkennen unsere Verantwortung an, auch unser Handeln immer wieder zu hinterfragen und anzupassen. Diese besteht auch darin, Rassismus als solchen zu benennen, wenn er uns begegnet und dessen Hintergründe aufzudecken.

Des Weiteren fordern wir von der bayerischen Politik ein eigenes Gesetz zur **DEMOKRATIEFÖRDERUNG** als Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus, den Ausbau von Antidiskriminierungsstellen sowie eine höhere Sensibilität und stärkere strafrechtliche Verfolgung von den ausführenden und richterlichen Organen wie Polizei und Staatsanwaltschaften. Außerdem erwarten wir einen Verzicht auf populistische Sprache in

politischen Reden, damit in Bayern alle Menschen – ungeachtet ihrer Hintergründe, Herkunft, etc. – am gesellschaftlichen Leben teilhaben und sich wohlfühlen können.

Auch **SEXISMUS** zählt zu den Diskriminierungsformen des Alltags, denen wir uns aktiv entgegenstellen und somit die Benachteiligung von Frauen und Probleme wie psychische und physische Gewalt erkennen und angreifen, aber auch die negativen Auswirkungen des Patriarchats auf Männer ebenso ernst nehmen und bekämpfen. Sehr fest zementierte Ansichten wie der binären Beschränkung auf zwei Geschlechter und den damit verbundenen Rollenbildern sind besonders in der ländlichen Gegend Teil der Ungleichbehandlung, weshalb hier eine besonders deutliche Positionierung notwendig ist. Unser Einsatz besteht unter Anderem in der Verwendung geschlechtergerechter Sprachformen und der Forderung an die Politik, Hilfsinstitutionen stärker zu unterstützen und auszubauen.

Hand in Hand mit dieser Problematik geht auch unser Engagement gegen **QUEERFEINDLICHKEIT** bzw. Homophobie und zeigen dabei auch ganz klar die rückständige Einstellung der katholischen Kirche dazu auf. Die KLJB möchte einen „Safe Space“ erschaffen und Betroffene jederzeit unterstützen. Wir stehen für die Akzeptanz von Mitgliedern der LGBTIQ*-Gemeinschaft ein und verurteilen die Gewalt und Feindlichkeit, die ihnen in vielen Ländern und auch hierzulande trotz steigender Akzeptanz immer noch entgegengebracht wird.

Wir fordern von der Politik in Bayern hierzu auch einen queeren **AKTIONSPLAN**, den wir als einziges

deutsches Bundesland noch nicht haben, sowie ein vollständiges Verbot von Konversionstherapie und ein insgesamt stärkeres Engagement des Staates gegen die Diskriminierung von LGBTIQ* (lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche und andere queere Menschen).

Tipp

KLJB-Beschluss:

Gemeinsam gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Für ein vielfältiges und buntes Land! (2022):



Der Landesausschuss der KLJB rief im November 2022 zum Engagement gegen Diskriminierung, für Demokratie und Toleranz auf. Die damalige Landesvorsitzende Alexandra Fröhlich brachte danach auf den Punkt, worum es geht!

Was ist dir wirklich wichtig, Zoe?



Zoe Maier (23)
ist seit März 2023
AK-Sprecherin im AK Politik &
Gesellschaft (AK PuG) der KLJB
Bayern. Sie ist aus der KLJB Trucht-
laching, war im Kreisvorstand
Traunstein und hat gerade ihr Fach-
abitur gemacht.

Wofür stehst du als AK-Sprecherin PuG?

Für die Jugend, deren Stimme in der Politik gehört und ernstgenommen werden will. Ich selbst stehe für soziale Klimagerechtigkeit ein und gegen Populismus und Menschenfeindlichkeit auf. Ganz wichtig ist mir aber auch, dass unser AK es sich besonders zur Aufgabe gemacht hat, junge Menschen für politische Teilhabe zu begeistern und so unseren Beitrag zu (Jugend-)Partizipation in der Demokratie zu leisten und auch eine Möglichkeit zur fundierten Meinungsbildung darzustellen.

Was ist dir wirklich wichtig, als KLJBlerin in die Politik zu bringen?

Vor allem dass junge Menschen einen (echten) Platz am Tisch der Entscheidungsträger*innen bekommen. Außerdem natürlich die Bekämpfung von Rechts extremismus und -populismus, besonders auf Landes-ebene, sowie die Forderung nach ernstzunehmendem Umgang mit der Klimakrise.

Was sollte der PuG und die ganze KLJB als Thema zur Wahl setzen?

Da fällt es mir sehr schwer, mich auf nur ein Thema zu beschränken, jedoch denke ich, dass wir die höchste Priorität auf die Bekämpfung der immer stärker wachsenden Gefahr von rechtsextremen, antidemokratischen Gedankengut legen sollten, da alle weiteren politischen Forderungen nur auf Basis einer funktionierenden Demokratie zu ermöglichen sind.

Tipps

Wo Zoe nicht gleich weiter scrollt..

Fünf Tipps zu politischen Insta-Accounts

1. **@fluter**
Nachrichtenmagazin der Bundeszentrale für politische Bildung
2. **@deutschland3000**
Nachrichten und politische Analysen mit Eva Schulz
3. **@raulkrauthausen**
Raul Krauthausen ist DER Inklusionsaktivist
4. **@chaarlottchen**
Charlotte Suhrs Texte zu Feminismus
5. **@seiten.verkehrt**
Feminismus, kehrt Geschlechterstereotype ins Gegenteil um

Fun facts zur Landtagswahl am 8. Oktober 2023

Leider erst frei ab 18: **WAHLBERECHTIGT** sind deutsche Staatsangehörige, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten den (Haupt-)Wohnsitz in Bayern haben. Nur bei Kommunalwahlen dürfen auch alle EU-Bürger*innen in Bayern wählen! Und bei der Europawahl am 9. Juni 2024 dann auch alle 16jährigen in Bayern. Klingt komisch, ist aber so – durch eine bundesweite Regelung.

Eine „Versicherung an Eides statt“, mit der eine **HILFSPERSON** mit Unterschrift versichert, dass eine hilfsbedürftige, z.B. blinde Person, ihre Briefwahl selbst bestimmte, darf schon ab 16 Jahren geleistet werden – wie viele andere Dinge schon ab 16 gehen.

Um eine **WAHLKREISLISTE** in einem Regierungsbezirk aufzustellen, muss man entweder bei der letzten Wahl 1,25% der Stimmen bekommen haben oder bis zum 73. Tag vor der Wahl Unterschriften von 0,1% der Stimmberechtigten einreichen, höchstens jedoch 2.000 in Oberbayern – in Oberfranken reichen dafür 850 Unterschriften!

Die **ERSTSTIMMEN**, die die als Abgeordnete direkt Gewählten nicht gewählt haben, sind (im Gegensatz zur reinen Mehrheitswahl bei der Bundestagswahl!) nicht verloren, sondern werden bei der Ermittlung aller Mandate mitgezählt. Erst- und Zweitstimmen werden dafür addiert, so dass auch anders als beim Bundestag die Listen der Parteien völlig verändert werden können!

Kaum zu glauben ist ein Blick in die Geschichte: Bayern führte die **GEHEIME WAHL** der Abgeordneten zur Zweiten Kammer erst 1881 ein! Bis dahin erfolgten alle Wahlen von steuerzahlenden, männlichen Bürgern über 25 Jahre indirekt in öffentlichen Versammlungen. Sie wählten Wahlmänner und hatten ihre Stimmzettel dafür zu unterschreiben.

Und besonders traurig: Erst am 12. Januar 1919 durften erstmals auch Frauen den Bayerischen Landtag wählen! Und die „Argumente“, die damals gegen das **FRAUENWAHLRECHT** angeführt wurden, kommen heute auch gegen Forderungen aus der Jugendarbeit, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken.



Tipp

Alle Listen und offiziellen Infos zur Wahl auf:
www.wahlen.bayern.de

Spannende Analysen und Fakten auf:
www.wahlrecht.de

Infos über Abgeordnete, Sitzungen und Plenums-TV auf:
www.bayern.landtag.de

Deutsch – Politisch / Politisch – Deutsch

Kleine Hilfe für Antworten aus der Politik und jede Talkshow oder “Wahl-Arena“:

„Das nehme ich mal mit.“

=

„Da habe ich jetzt keine Ahnung, möchte das aber so nicht sagen. Ich versuche, dran zu denken“

„Das ist nur mal laut gedacht.“

=

„Da hat ein Kollege einen Testballon mit einem Vorschlag gemacht und schaut, wie Medien und wichtige Verbände darauf reagieren.“

„Das höre ich ganz oft in Gesprächen im Wahlkreis.“

=

„Vor allem meine Kinder und mein Büro nerven voll mit dem Thema, genau wie die Lokalpresse.“

„Das Wahlergebnis müssen wir in den Gremien analysieren“

=

„Das sitzen wir aus, denn das mit der Analyse hat noch nie jemand gemacht.“

Extrawurst in Bayern:

Bezirkstagswahl am 8. Oktober 2023

Die Wahl der Bezirkstage findet immer parallel zur Landtagswahl statt. Diese Parlamente gehören zur kommunalen Ebene und entscheiden über einen Haushalt mit sozialen und kulturellen Aufgaben.

Es geht dabei in den sieben Regierungsbezirken um soziale und kulturelle Einrichtungen, für die einzelne Landkreise nicht leistungsfähig genug sind z.B. Bezirkskrankenhäuser oder Bezirksheimatmuseen.



Leider werden noch zu selten Projekte der Jugendbeteiligung oder Jugendarbeit in den Bezirksjugendringen unterstützt. Wie bei der Kommunalwahl gibt es keine 5%-Hürde.

Zum-Angeben-Wissen: Mit den zur Landesverwaltung gehörenden sieben „Bezirksregierungen“ haben die Bezirkstage als Parlamente nichts zu tun. Allerdings wählen sie hauptamtliche Bezirkstagspräsident*innen als Leiter*innen der Bezirksverwaltung, die etwa in Schwaben oder der Oberpfalz auch wichtige Repräsentant*innen und Kontakte für die KLJB auf Diözesanebene sind.

Wie wählte Bayerns Jugend 2018?

Um genauere Daten zum Wahlverhalten zu bekommen, braucht es die „Repräsentative Wahlstatistik“! Dafür wurden vom Landesamt für Statistik 2018 aus den 12 364 Stimmbezirken in ganz Bayern 378 Stichprobenstimmbezirke (ca. 3%) zufällig ausgewählt. In diesen werden die amtlichen Stimmzettel mit Aufdrucken für Mann oder Frau und die Altersgruppe verteilt und ausgewertet.

Sehr positiv: Nach der repräsentativen Wahlstatistik gab es 2018 unter der jüngsten Altersgruppe von 18 bis 25 Jahren mit 64,7% die bisher höchste Wahlbeteiligung in Bayern seit 1982! Das war ein hoher Anstieg gegenüber 2013 nur 53,1%. Der gesamte Anstieg ging nur von 65,8% auf 74,2%. Allerdings erreichte die Wahlbeteiligung 1966 sogar ganze 82,6%!

Besonders spannend die Folge der letzten Wahlalter-senkung in Bayern: 1966 durften nur über 21jährige wählen – da waren es 67,3% von 21 bis 25 Jahren. Als 1970 auch die ab 18jährigen dazu kamen, wurden es sogar mehr mit 68,4% von 18 bis 25 – es war die Zeit der sehr politischen 68er-Bewegung! Im gleichen Zeitraum sank die gesamte Wahlbeteiligung leicht von 82,6% auf 80,9%.

Die 18 bis 25jährigen weichen bei allen Wahlen erheblich vom Gesamtwahlergebnis ab, auch 2018:

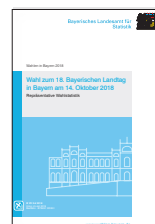
- Die CSU fiel von 38,3% (2013) auf nur noch 24,5% Erststimmen.
- Die Grünen lagen hier mit 26% erstmals vorne nach nur 11,5% (2013)



- Die SPD lag mit nur 7,7% statt 10,3% insgesamt sehr niedrig.
- Die Freien Wähler waren mit 9,4% statt 11,4% etwas schwächer bei 18 bis 25jährigen und lagen noch hinter der recht starken FDP mit 10,1%.
- Gute Nachricht: Die AfD lag mit nur 7,3% der Erststimmen bei den 18 bis 25jährigen ganz hinten – erreichte aber insgesamt 11,2%.

Letzter fun fact: Wenn nur 18 bis 25jährige Frauen (5,1%) und über 70jährige Frauen (4,4%) den Bayerischen Landtag wählen würden, wäre die AfD 2018 draußen geblieben...

Tipp



Download
Repräsentative Wahlstatistik des Bayerischen Landtags (2018)

kljb.click/wahlstatistik



Fragen & Antworten an fünf Parteien!



Zu den folgenden acht politischen Positionen der KLJB Bayern haben wir Fragen an die fünf im Landtag vertretenen Parteien gestellt. Die Antworten sind auf den folgenden Seiten dokumentiert.

Wir haben wie gleich nach der Wahl 2018 frei diskutiert, ob wir Antworten einer Partei, die sich zum Rechtsextremismus hin offen zeigt, aufnehmen. Die Unterschiede zu unserer grundsätzlichen KLJB-Haltung, etwa zur weltoffenen und toleranten Gesellschaft ohne Angst vor Fremden sind zu groß geworden. Die Entwicklung dieser Partei zur vom Verfassungsschutz beobachteten, unserer demokratischen Verfassung feindlich gegenüberstehenden und gefährlichen Partei des Rechtsextremismus ist zu deutlich geworden. Darum schlicht: Nein, keine Bühne hier und anderswo.

Tipp

Ausführliche Wahlprogramme der Parteien findet ihr auf:

www.csu.de
www.bayernspd.de
www.fw-bayern.de
www.gruene-bayern.de
www.fdp-bayern.de

Neben diesen im Landtag vertretenen Parteien gibt es noch einige andere. Drei demokratische Parteien haben in den letzten Wahlen zumindest 1% der Stimmen in Bayern erreicht, bekommen damit staatliche Parteienfinanzierung und verfügen über eine kleine kommunale Basis.

Schaut also auch auf die Wahlprogramme von

○ Die Linke (2018: 3,2%, 2023 gemeinsame Listen mit „Die Urbane“ und MUT, 2018: 0,3%)

www.dielinke-bayern.de und
www.mut-bayern.de

○ Bayernpartei (2018: 1,8%)

www.landesverband.bayernpartei.de

○ ÖDP (2018: 1,6%)

www.oedp-bayern.de Beirat u.a. KLJB Bayern)
www.kdm-bayern.de

Für die ausführlichen Beschlüsse der KLJB Bayern aus unseren Gremien schaut bitte auf:

www.kljb-bayern.de/beschluesse



Tipp

Noch mehr Fragen & Antworten gefällig?

Noch mehr Fragen mit Antworten der Parteien findet ihr in der Wahlbroschüre 2023 des Bayerischen Jugendrings (BJR) - dazu die Jugendpolitischen Forderungen des BJR.

Ergänzend zu unseren Fragen sind dort folgende Themen dabei:

- Ausstattung der Jugendarbeit
- Ganzheitliche Bildung und Schule
- Digitalisierung mit Teilhabe aller jungen Menschen
- Jugendgerechte Mobilität (ÖPNV kostenfrei)
- Junges Ehrenamt fördern
- Europa vor Ort erleben
- Flucht (gleich Chancen für Kinder und Jugendliche)
- Internationaler Jugendaustausch
- Mädchen und Frauen (Menstruationsartikel kostenlos)
- Vielfalt (Teilhabe mit Migrationshintergrund)



Download:
kljb.click/bjrbroschuere



U18-Wahl



U18 ist die Wahl für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Sie funktioniert fast wie die reguläre Wahl – in Wahllokalen mit Stimmzetteln, Wahlkabinen und Wahlurnen. Sie findet am vom 21. bis 29. September 2023 in vielen Wahllokalen wie Schulen, Jugendheimen und Jugendtreffs statt. Die Aktion wird vom Bayerischen Jugendring koordiniert.



Infos zur U18-Wahl:

Pia Bittner
Bayerischer Jugendring
Referentin für Jugendpolitik
bittner.pia@bjr.de



Die KLJB fordert das aktive Wahlrecht langfristig ab 14 Jahren wie bei Wahlen zum Pfarrgemeinderat und in Jugendverbänden. Aktuell engagieren wir uns als ersten Schritt für ein Wahlalter 16 im Volksbegehren Vote16.

KLJB-Beschluss: Wahlalter 16 in die Bayerische Verfassung! (2022):



Wie steht Ihre Partei zum Volksbegehren für ein Wahlalter ab 16?



» Es ist im Sinne unserer Demokratie eine sehr gute Entwicklung, dass sich junge Menschen politisch schon früh engagieren und sich für konkrete politische Ziele einsetzen. Es hat sich aus unserer Sicht bewährt, dass Wahlrecht und Volljährigkeit miteinander verknüpft sind. Es erscheint inkonsistent, einerseits wählen zu dürfen, andererseits aber ohne die Zustimmung der Eltern keinen Handyvertrag abschließen zu können. Das Wahlrecht ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine staatsbürgerliche Verantwortung. Aus diesem Grund orientieren sich neben dem bürgerlichen Recht auch das Jugendschutzgesetz oder das Jugendstrafrecht an der Volljährigkeit. Zuletzt besteht auch nach dem Grundgesetz ein innerer Zusammenhang zwischen dem Wahlalter und der Volljährigkeit.



» Wir wollen, dass künftig Jugendliche schon ab dem vollendeten 16. Lebensjahr bei den Landtagswahlen, den Bezirkswahlen, den allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen sowie bei Volksbegehren und Volksentscheiden wählen dürfen. Die Bürger*innen ab 16 müssen mitbestimmen können, wer ihre Zukunft gestaltet. Wer die längste Zeit in der Welt von morgen lebt, soll auch darüber entscheiden können. Das Volksbegehren Vote 16 unterstützen wir. Wir wollen, dass künftig Jugendliche schon ab dem vollendeten 16. Lebensjahr bei den Landtagswahlen, den Bezirkswahlen, den allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen sowie bei Volksbegehren und Volksentscheiden wählen dürfen. Die Bürger*innen ab 16 müssen mitbestimmen können, wer ihre Zukunft gestaltet. Wer die längste Zeit in der Welt von morgen lebt, soll auch darüber entscheiden können. Das Volksbegehren Vote 16 unterstützen wir.



» Wir als FREIE WÄHLER setzen uns schon lange für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen ein. Wir wollen, dass Jugendliche früher politisch mitentscheiden können. Denn nur wer aktiv teilhaben kann, wird sich auch aktiv in die Gesellschaft einbringen. Die kommunale Ebene ist hierfür geradezu prädestiniert, da sie das unmittelbare Lebensumfeld der jungen Menschen betrifft. Fakt ist aber: Für eine entsprechende Absenkung bedarf es einer Verfassungsänderung, über die in einem Volkstentcheid abgestimmt werden muss. Wir als FREIE WÄHLER setzen uns darüber hinaus im Landtag für eine flächendeckende Stärkung der Jugendparlamente, eine Intensivierung der politischen Bildung und eine Weiterentwicklung der Landeszentrale für Politische Bildung ein, um junge Menschen besser darauf vorzubereiten, sich politisch zu engagieren.

Bayern

SPD

» Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass junge Menschen ab 16 Jahren wählen dürfen. Wir unterstützen daher das Volksbegehren „Vote 16“ als Bündnispartnerin. Wir wollen jungen Menschen echte politische Teilhabe zu ermöglichen und zwar auf allen politischen Ebenen: Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Dank der SPD-geführten Bundesregierung dürfen junge Menschen bei der nächsten Europawahl bereits ab 16 Jahren wählen.

FDP

» Wir streben in Bayern das aktive Wahlrecht für Kommunal-, Bezirks- und Landtagswahlen bereits ab 16 Jahren an. In einer immer älter werdenden Gesellschaft ist es umso wichtiger, auch die politischen Interessen junger Menschen zu berücksichtigen. Nur so lässt sich eine angemessene und ausgewogene Repräsentation gewährleisten. In Zukunft wird es auch keinem 16- und 17-Jährigen mehr zu erklären sein, warum er bei Europawahlen mitwählen darf – bei der Gemeinderatswahl vor Ort aber nicht. Die FDP Bayern ist eine aktive Unterstützerin des Volksbegehrens Vote 16 und viele Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Mitglieder haben dieses Volksbegehren bereits unterzeichnet.



Die KLJB fordert, die Jugendbeteiligung durchgängig bei einer Reform der Bayerischen Gemeindeordnung zu verankern, etwa mit mindestens einem professionellen Format der Jugendbeteiligung in jeder Gemeinde pro Jahr.

Wie wollen sie eine verpflichtende Jugendbeteiligung in der Gemeindeordnung verankern?

KLJB-Beschluss: Wir haben was zu sagen!
Demokratie braucht Jugendpolitik
(2017):



Wir haben
was zu
SAGEN!



» In keinem anderen Land hat die Jugend – durch eine gute Sozialstruktur sowie beste Bildungs- und Berufschancen – so gute Voraussetzungen für ein gelingendes Leben wie in Bayern. Diesen Erfolgskurs wollen wir fortsetzen. Dazu gehört auch, dass die Jugend politisch an Entscheidungen beteiligt wird, die sie betreffen. Deshalb wollen wir die kommunalen Jugendparlamente stärken und die Belange der Jugend und künftiger Generationen bei Entscheidungen besonders im Blick haben. Mit mehr politischer Mitsprache wertschätzen und anerkennen wir die Erfahrung und das Engagement der Jugend.



» Wir wollen einen verbindlichen Rahmen für die Jugendbeteiligung in der Kommunalpolitik schaffen. Durch eine Änderung der Gemeindeordnung sollen Städte und Gemeinden Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben in deren Interessensbereich künftig angemessen beteiligen. Dafür sind von der Kommunen geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Beispielsweise kann die Gemeinde einen ehrenamtlichen Jugendgemeinderat oder eine andere Jugendvertretung einrichten. Wie sie es konkret ausgestalten, wissen die Kommunen selbst am besten. Den Mitgliedern der Jugendvertretung soll jedoch in jedem Fall ein Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht im Gemeinde- oder Stadtrat eingeräumt werden.



Die FREIEN WÄHLER unterstützen Maßnahmen zur Jugendbeteiligung nachdrücklich. Gleichzeitig steht wir zur grundrechtlich geschützten Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen. Beides in Einklang zu bringen wird – gerade auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung – die Herausforderung der nächsten Jahre werden. Es muss sichergestellt sein, dass sich auch Jugendliche in der demokratischen Diskussion wiederfinden und die Kommunen den Gestaltungsspielraum be- und erhalten, um vor Ort zu den besten Ergebnissen zu gelangen.



Wir werden die Gemeindeordnung ändern, damit Kinder und Jugendliche bei allen für sie wichtigen Planungen und Vorhaben beteiligt werden. Dafür müssen altersangemessene Beteiligungsformen gefunden werden. Sie sollen zu den Gegebenheiten vor Ort passen und zugleich möglichst viele Kinder und Jugendlichen unabhängig von Alter oder Staatsangehörigkeit erreichen. Die Beteiligung kann von festen Gremien wie Jugendräten bis hin zu offener Projektarbeit reichen. Wichtig ist allerdings, dass alle Angebote diese Bedingungen erfüllen: Sie sollen niederschwellig und motivierend sein, altersangemessen milieu- und geschlechtersensibel. Außerdem natürlich barrierefrei und inklusiv. Neben einem Mix an Beteiligungsformaten ist uns auch die Einbeziehung von lokalen Akteuren der Jugendarbeit, -verbände oder -vereine wichtig. Denn sie sind gut vernetzt und verfügen über wichtige Expertise bezüglich der jungen Menschen vor Ort.



Im Antrag „Neue Chancen für Bayerns Jugend“ hat sich die FDP-Landtagsfraktion dafür ausgesprochen, dass eine Fach- und Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung geschaffen wird, die Kommunen dabei unterstützt, Jugendgremien einzuführen. Diese Forderung wurde nach unserem Druck von der Staatsregierung übernommen. Wir wollen außerdem, dass klare Regelungen für den Einsatz von Jugendgremien in den Kommunen in der Gemeindeordnung geschaffen werden. Darüber hinaus sprechen wir uns für die Schaffung eines Landesjugendparlaments aus, der auch ein Antragsrecht im Bayerischen Landtag erhalten soll.



Die KLJB fordert mehr Förderung bürgerschaftlichen Engagements für Demokratie und Toleranz – gegen Hatespeech und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, besonders für außerschulische Bildungsarbeit und auf dem Land.

KLJB-Beschluss: Gemeinsam gegen Hatespeech! (2021):



Welche Ziele verfolgen Sie bei der Arbeit für mehr Solidarität statt Hatespeech?



» Gerade in Zeiten von demokratiegefährdenden und staatszersetzenden Fake-News, Hate-Speech und Verschwörungstheorien ist die Jugendarbeit der außerschulischen Jugendbildung, der Einrichtungen der Jugendarbeit wie auch der Parteien, Kirchen und Vereine unverzichtbar. Sie bieten ein hervorragendes Umfeld, in dem soziales Lernen und die Übernahme von Verantwortung gelernt werden können. Sie bringen politische, soziale, ökologische, kulturelle, religiöse und sportliche Themen näher. Jugendarbeit ist Bildungsarbeit. Wir würdigen die Arbeit für die Entwicklung junger Menschen und unsere Gesellschaft. Außerschulische Jugendarbeit ist wertvoll und unverzichtbar, wir wollen diese weiter fördern und unterstützen und bestärken sie darin, einen inklusiven Weg einzuschlagen und ihre Angebote barrierefrei anzubieten.



» Starke Polizei, starke Justiz, starke Betroffene, starke Schulfamilien - so lauten unsere vier Grundpfeiler zur aktiven Bekämpfung von Hasskriminalität, die sich in den letzten Jahren zu einem massiven gesellschaftlichen Problem entwickelt hat. Starke Behörden erhalten die notwendigen Werkzeuge und das Personal, um Hate-Speech-Delikte aufzudecken und Täter zu ermitteln. Und wir stärken die Betroffenen und holen sie heraus aus der Opferrolle: Sie sollen Fälle von Online-Hasskriminalität genauso leicht anzeigen können, wie die Hetzer sie verbreiten können.



» Wir als FREIE WÄHLER setzen uns für eine konsequente Bekämpfung und Ahndung von Hate-Speech ein. Gerade in diesem Bereich muss unser Rechtsstaat wehrhaft bleiben und strafbaren Hass im Netz effektiv bekämpfen. Die Anonymität des Internets darf nicht dazu führen, dass die Täter ungestraft bleiben. Im Bereich der Justiz haben wir in den letzten Jahren ein besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung von Hate-Speech gelegt und zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die nicht nur die Opfer von Hate-Speech stärker in den Blick nehmen, sondern zugleich ein entschlossenes Handeln der Strafverfolgungsbehörden ermöglichen sowie die Zusammenarbeit mit anderen, beteiligten Akteuren verbessern. Diesen Kurs wollen wir als FREIE WÄHLER auch in Zukunft weiter fortsetzen und ausbauen.

Bayern

SPD

» Als SPD ist es uns wichtig, Hass und Hetze entschieden entgegenzutreten. Hass und Hetze gefährden unsere Demokratie. Wir stehen für Freiheit, Toleranz, Solidarität und Vielfalt. Aus diesem Grund werden wir die schulische und außerschulische Bildungsarbeit stärken, denn sie spielt eine zentrale Rolle in der Prävention. Wir werden außerdem eine Beratungs- und Meldestelle für Hass und Hetze einrichten. Gleichzeitig sorgen wir für mehr Richterinnen und Richter an Amts- und Landgerichten sowie mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. So können wir stärker gegen Cybercrime und Hate Speech entgegenzutreten. Wir werden eine gute ausgestattete Taskforce „Digitaler Rechtsextremismus“ bei der Polizei in Bayern gründen. Zusätzlich werden wir mit öffentlichen Aufklärungskampagnen informieren, mit welchen Mitteln man sich gegen Straftaten in den Bereichen Datenschutz, Cybercrime, Hass und Hetze im Netz zur Wehr setzen kann.

FDP

» Mit einer breiten Förderung der Jugendarbeit und der außerschulischen Bildungsarbeit wollen wir das Bewusstsein für die Problematik steigern und Hate-Speech bekämpfen. Wir nehmen das Thema Hate-Speech sehr ernst und sind dafür, dass Anfeindungen, grobe Beleidigungen und Aufrufe zur Gewalt vor allem im Netz stärker verfolgt werden.



Die KLJB fordert mehr Bildungsarbeit und Beratung gegen alle Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, beispielhaft etwa für queere junge Menschen und gegen Rassismus.

KLJB-Beschluss: Gemeinsam gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Für ein vielfältiges und buntes Land! (2022):



Welche Ziele verfolgen Sie bei einem Aktionsplan für queere Menschen in Bayern?



Wir setzen uns für eine offene und freiheitliche Gesellschaft ein. Jeder Mensch ist einmalig, jeder Mensch ist anders. Politik und Staat haben Lebensentwürfe nicht zu bewerten, sondern zu ermöglichen. Was ein gelingendes und glückliches Leben ausmacht, muss jede und jeder für sich selbst entscheiden. Die CSU steht für die Akzeptanz von und Toleranz gegenüber individuellen Lebensweisen. Wir lehnen jede Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Ehen oder Partnerschaften ab. Das CSU-geführte Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales leistet hier mit einer Vielzahl an Angeboten und der Unterstützung verschiedenster Projekte wie dem LSBTIQ-Netzwerk in Bayern vorbildliche Arbeit, die wir gerne fortsetzen möchten.



Ein queerer Aktionsplan für Bayern ist eine langjährige Forderung der Grünen. Unsere grüne Landtagsfraktion hat ein Antragspaket „Aktionsplan für Bayern“ im Parlament eingereicht. In den Bereichen Bildung, Beratung, Gesundheit, Sicherheit, Sichtbarkeit, Migration und Sport legen wir Vorschläge gegen die Diskriminierung von LSBTIQ* vor. Der Grundstein für eine tolerante Gesellschaft muss bereits in der Schule gelegt werden, daher sind Aufklärung und Akzeptanzförderung altersgerecht in allen Schularten wichtig. Wir fordern verpflichtende Aus- und Fortbildungsmodul für (angehende) Lehrkräfte, damit diese auf Mobbing-situationen oder Vertrauensgespräche gut reagieren können. Wir wollen Aufklärungsprojekte und peer2peer Angebote fördern, damit alle Schüler*innen mindestens einmal ein solches Angebot wahrnehmen können. Dem enormen Stadt-Land-Gefälle im Beratungsbereich begegnen wir mit dem Ausbau des queeren Netzwerks und der Förderung neuer Beratungsstellen und Jugendgruppen in ganz Bayern.



» Wir als FREIE WÄHLER verurteilen jegliche Form von Diskriminierung und Gewalt gegenüber queeren Personen und setzen uns für eine konsequente Bekämpfung ein. Die hierzu bestehenden gesetzlichen Grundlagen bieten unserer Ansicht nach den Betroffenen bereits einen umfassenden Schutz. Darüber hinaus gewährleisten auch das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung einen wirksamen Diskriminierungsschutz. So bietet beispielsweise das allgemeine Persönlichkeitsrecht nach Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG der engeren persönlichen Lebenssphäre Schutz, zu der auch der Sexualbereich gehört, der die sexuelle Selbstbestimmung des Menschen und damit das Finden und Erkennen der eigenen geschlechtlichen Identität sowie der eigenen sexuellen Orientierung umfasst. Um Opfer queerfeindlicher Straftaten weiter zu stärken und das Anzeigeverhalten weiter zu verbessern, setzen wir uns für niedrigschwellige Anzeigemöglichkeiten ein, um die Hemmschwelle zur Anzeigerstattung weiter abzusenken.

Bayern

SPD

» Bayern braucht endlich einen Queeren-Aktionsplan, um im Freistaat Akzeptanz und Vielfalt zu fördern. Das betrifft Bildungseinrichtungen wie Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung, aber auch Haftanstalten und die Gesundheitsversorgung. Gerade der Schutz vor Gewalt und die Hilfe für Opfer von sexualisierter Gewalt ist Länderaufgabe. Das muss bei der Polizeiarbeit noch viel stärker berücksichtigt werden. Wir werden den Aktionsplan gemeinsam mit dem queeren Netzwerk erarbeiten. Dafür wollen wir gemeinsam mit Betroffenen und politisch aktiven Verantwortlichen einen queeren Rat einrichten. Wir werden die queere Beratungsinfrastruktur in ganz Bayern stärken und ausbauen sowohl in städtischen als auch ländlichen Regionen.

FDP

» Mit einem Aktionsplan für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt will die FDP Bayern die Förderung der Akzeptanz von LSBTIQ* vorantreiben: Es mangelt u. a. an Aufklärungsarbeit/Beratungsinfrastruktur, Maßnahmen gegen queerfeindliche Hasskriminalität und sicheren Unterkünften für queere Geflüchtete.



Die KLJB fordert mehr Zeichen der Inklusion für Menschen mit Behinderung und das Umsetzen der UN-Behindertenrechtskonvention bei Barrierefreiheit im öffentlichen und digitalen Raum nicht weiter zu verzögern.

Wie wollen Sie Inklusion verbessern und die UN-Behindertenrechtskonvention wirksam umsetzen?

KLJB-Beschluss: Mehr Sein als nur Schein - Zeit für Inklusion. (2023):



Leichte Sprache:



Inklusion!



Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und setzen Bayerns Weg hin zur inklusiven Gesellschaft fort. Wir stärken die schulische Inklusion und entwickeln die Förderschulen weiter. Wir werden das Programm „Bayern barrierefrei“ fortsetzen und die Teilhabe am Arbeitsleben mit den Integrationsämtern und Integrationsfachdiensten stärken.



Die Landtagsgrünen haben einen Gesetzentwurf für Barrierefreiheit in Bayern erarbeitet: Wir wollen öffentlichen Behörden des Freistaats verbindliche Vorgaben setzen, sowohl z.B. für die bauliche, kommunikative als auch digitale Barrierefreiheit. Zudem möchten wir eine Landesfachstelle für Barrierefreiheit gründen, die Verbände oder Wirtschaft auf dem Weg zur Barrierefreiheit berät und unterstützt. Menschen mit Behinderungen sollten diese Fachstelle leiten.



Der Gedanke „Nichts über uns ohne uns“ wird in Bayern gelebt. Als FREIE WÄHLER bekennen wir uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und ihrem zentralen Leitprinzip der Inklusion. Aus diesem Grund sollen bei der Entwicklung und Umsetzung zahlreicher Maßnahmen im Bereich der Politik für Menschen mit Behinderung Vertreterinnen und Vertreter der Verbände und Organisationen der Menschen mit Behinderung frühzeitig eingebunden werden. Um Maßnahmen zur Barrierefreiheit in Bayern weiter zu stärken setzen wir uns als FREIE WÄHLER für die Installation einer „Bayerischen Netzwerkstelle Barrierefreiheit“ – als Anlaufstelle und Dachstruktur zur Vermittlung spezieller Beratung für alle Menschen die auf Barrierefreiheit angewiesen sind – ein. Bereits jetzt sind wichtige Beratungsstrukturen vorhanden, die sich umfassend mit der Barrierefreiheit befassen. Mit Blick auf diese Vielzahl der Beratungsstellen ist es daher sinnvoll, im Zuge der Umsetzung „Bayern barrierefrei“ bestehenden schwerpunktorientierten Beratungsstellen eine koordinierende Einheit als Dachstruktur an die Hand zu geben.

Bayern

SPD



Wir werden einen „Aktionsplan Inklusion“ einführen. Er soll konkrete und nachprüfbare Ziele benennen und einen klaren Fahrplan für Inklusion aufzeigen. Wir werden die Kommunen bei der Realisierung der Barrierefreiheit finanziell und durch mehr Beratungsangebote unterstützen. Außerdem werden wir die Inklusionsbeauftragten in den Kommunen stärker unterstützen. Außerdem wollen wir für Fortschritt durch mehr Geld für Barrierefreiheit durch ein Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit. Besonders wichtig ist uns zudem eine Schlichtungsstelle, die unabhängig und neutral die Belange von Menschen mit Behinderung vertritt.

FDP



Die UN-Behindertenrechtskonvention ist verpflichtend in allen Ländern umzusetzen, die sie ratifiziert haben. Bayern ist somit ebenfalls verpflichtet, die Vorgaben umzusetzen. Gerade im Hinblick auf die Barrierefreiheit geschieht jedoch bisher sehr wenig. Nicht einmal die Hälfte aller bayerischen Bahnhöfe ist barrierefrei. Wir fordern daher beispielsweise die Weiterentwicklung der Beratungsstelle Barrierefreiheit bei der Bayerischen Architektenkammer zu einer Landesfachstelle Barrierefreiheit, die über Kompetenz in allen Bereichen der Barrierefreiheit verfügt. Wichtig ist dabei die Einbeziehung von betroffenen Menschen. Wir wollen auch ein klares Monitoring der Umsetzung der Barrierefreiheit oder mehr Kommunikation in Leichter Sprache. Aber auch im Bereich der Integration in den ersten Arbeitsmarkt hat Bayern noch viel Nachholbedarf. Nicht mal 1% der Menschen schafft jährlich den Übergang aus einer Werkstatt in den regulären Arbeitsmarkt. Die Werkstätten können beim Übergang eine wichtige Rolle spielen.



Im Energiekonzept fordert die KLJB seit 2012 klare Ziele in der Klimapolitik: Wir wollen im Klimaschutzgesetz und Landesentwicklungsprogramm weniger unverbindliche Ziele als klare Vorgaben und Sanktionen.

Wie steht Ihre Partei zur Neufassung des Klimaschutzgesetzes mit mehr verbindlichen Zielen?

KLJB-Beschluss: Bayern muss vorangehen!
10 Forderungen für ein Klimaschutzgesetz (2021):



Wir bekennen uns zu den internationalen, europäischen wie auch zu den ehrgeizigen deutschen und bayerischen Klimazielen. Bayern soll bis 2040, noch vor dem Bund, klimaneutral werden. Wir stehen für ambitionierten Klimaschutz in allen Sektoren, aber mit Augenmaß. Unser Ansatz ist, die Menschen und die Wirtschaft beim Klimaschutz mitzunehmen. Deshalb verbieten und bestrafen wir nicht, sondern belohnen klimafreundliches Verhalten, indem wir den Umstieg auf CO₂-neutrale Technologien fördern. Dabei beschränken wir uns nicht auf eine Technologie, sondern setzen technologieoffen auf alle Instrumente, die uns dabei helfen, unsere Ziele zu erreichen. Unser Ziel ist, Wachstum mithilfe innovativer Technologien, einer stärkeren Digitalisierung sowie dem Einsatz von erneuerbaren Energien vom CO₂-Ausstoß zu entkoppeln. Unsere Wirtschaft muss die Belastungen durch den Klimaschutz auch schultern können. Dem Weltklima ist nicht geholfen, wenn hiesige Unternehmen aufgrund zu restriktiver Vorschriften ins Ausland abwandern, um dann dort mit geringeren Umweltstandards zu produzieren.



Die Staatsregierung will Bayern bis 2040 klimaneutral machen. Doch das von CSU und Freien Wählern vorgelegte Klimaschutzgesetz ist nahezu wirkungslos und damit völlig ungeeignet dieses Ziel zu erreichen. Das ist fatal. Denn die Auswirkungen der Klimakrise werden bereits heute immer deutlicher spürbar - in Bayern und weltweit. Wir brauchen deshalb dringend eine Neufassung des Klimaschutzgesetzes mit mehr verbindlichen Zielen. Wie das aussehen könnte, hat unsere grüne Landtagsfraktion mit ihrem Entwurf für ein bayerisches Klimaschutzgesetz gezeigt: Wir wollen verbindliche Minderungsziele für die einzelnen Sektoren vorgeben. Mit einem Landesklimaschutzkonzept wollen wir diese Ziele mit konkreten Maßnahmen unterfüttern und damit in der Praxis umsetzbar machen. Ein jährlicher Monitoringbericht soll darüber Auskunft geben, wo Bayern beim Klimaschutz steht.



» Die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms beruhte auf einer breiten fachlichen und gesellschaftlichen Diskussion. Die aufgenommenen Änderungen stellen den Ausgleich verschiedener Interessenlagen dar: Insbesondere das Bedürfnis eines möglichst großen Handlungsspielraums der regionalen Planungsverbände traf auf einzel- und gruppenspezifische Spezialinteressen. Hier muss ein angemessener Ausgleich geschaffen werden. Die FREIEN WÄHLER sprechen sich für die Schaffung von Handlungsspielräumen, die jeder Region in Bayern angemessene Lösungen ermöglicht, und gegen pauschale Verpflichtungen und Sanktionen aus.



» Wir als bayerische SPD wollen wirksamen und sozial gerechten Klimaschutz. Dafür fordern wir ein Klimaschutzgesetz mit klaren und verbindlichen Zielen. Wir fordern das Bayern bis 2035 klimaneutral ist und seine Treibhausgasemissionen schon auf dem Weg dahin stark reduziert. Die öffentliche Verwaltung soll schon bis 2028 vollständig klimaneutral werden. Der Fortschritt soll durch unabhängige Expertinnen und Experten regelmäßig kontrolliert werden. Drohen Ziele verfehlt zu werden, muss mit neuen verbindlichen Klimaschutzmaßnahmen umgehend nachgesteuert werden.



» Ziele auf Papier festzuhalten, macht sie nicht verbindlich. Sinnvoller wäre es, die Ziele mit wirksamen und überprüfbaren Maßnahmen zu unterstützen. Wir fordern daher ein Monitoringsystem, das die Wirksamkeit und das Reduktionspotential der Klimaschutzmaßnahmen und die Erreichbarkeit der Ziele überprüft.



Die KLJB fordert beim LEP neben vielen Einzelmaßnahmen eine verbindliche, klare Zielvorgabe für den Flächenverbrauch in Bayern auf 5 ha pro Tag, v.a. mit Blick auf wertvolle landwirtschaftliche Flächen.

Stellungnahme der KLJB Bayern zur LEP-Teilfortschreibung (2022):



Wie steht Ihre Partei zum Ziel, den Flächenverbrauch auf unter 5 ha pro Tag zu begrenzen?



» Unsere besondere bayerische Landschaft ist ein hohes Gut. Wir reduzieren durch besseres Flächenmanagement den Flächenverbrauch. Es muss das Prinzip gelten: Die Nutzung von erschlossenen Flächen muss Vorrang vor der Ausweisung neuer Flächen haben. Wir wollen Kommunen bei der Entsiegelung von Flächen unterstützen und dazu Anreize setzen. Ökologische Landschaftsgestaltung funktioniert am besten durch Kooperation mit der Landwirtschaft. Mithilfe von Anreizen kann aus der ökologischen Flurbereinigung eine ökologische Flurbereicherung werden, wie beispielsweise über das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP).



» Dem ungezügelter Flächenfraß in Bayern muss dringend Einhalt geboten werden. Denn er zerstört unsere Natur, nimmt der Landwirtschaft die Existenzgrundlage und hat massive Auswirkungen auf unsere Landschaft. Mehr als zehn Hektar Fläche werden in Bayern seit Jahren Tag für Tag überplant oder überbaut. Diese Zahlen zeigen: Die CSU/FW-Regierung ist mit ihrer unverbindlichen „Richtgröße“ gescheitert. Wir fordern deshalb eine verbindliche Begrenzung des Flächenverbrauchs auf maximal 5 ha pro Tag und haben bereits zum zweiten Mal in dieser Legislatur einen Gesetzentwurf dazu vorgelegt. Dieser sieht vor, das 5-ha-Ziel im bayerischen Landesplanungsgesetz zu verankern und den Flächenverbrauch mithilfe von Flächenbudgets schrittweise auf höchstens 5 ha am Tag zu begrenzen. Die Budgets der Gemeinden wollen wir gemeinsam mit diesen erarbeiten. Kleine Kommunen sollen dabei, gemessen an der Bevölkerung, mehr Budget erhalten als große. Ortskerne und Stadtzentren stärken wir durch einen klaren Fokus auf die Innenentwicklung.



Die monothematische Diskussion des Flächenverbrauchs lenkt den Diskussionsfokus von den eigentlichen Problemstellungen ab. Auch hier benötigen die Entscheidungsträger einen ausreichenden Handlungsspielraum. Die pauschale Einschränkung des Flächenverbrauchs sorgt dafür, den Wirtschafts- und Lebensstandort Bayern zu gefährden. Hier müssen die betroffenen Problemlagen gemeinsam gedacht werden. Hierzu gehört insbesondere eine kraftvolle Förderung der Innenbereiche, für die sich die FREIEN WÄHLER mit Nachdruck einsetzen.



Wir wollen, dass pro Tag nur noch maximal fünf Hektar Fläche neu in Anspruch genommen werden. Unser Ziel ist langfristig eine Flächen-Kreislaufwirtschaft. Besonders wichtig ist dabei, dass vor allem in Städten und Gemeinden gebaut wird, nicht auf der grünen Wiese. Außerdem wollen wir gemeindeübergreifende – interkommunale – Gewerbegebiete. Auch mehr öffentlicher Verkehr statt immer neuer Straßen ist Ziel der SPD und trägt zum Flächensparen bei.



Wenn wir die Flächennutzung in Bayern insgesamt reduzieren möchten, gelingt dies nicht durch Verbote, sondern durch Anreize. Es wäre fatal, wenn wir durch starre gesetzliche Flächennutzungsgrenzen gerade die Räume in ihrer Entwicklung blockieren, die mit den größten Herausforderungen konfrontiert sind.



Die KLJB fordert neue Wohnkonzepte auf dem Land, die sich an den veränderten Bedarfen orientieren. Dabei geht Gemeinschaft vor Flächenverbrauch und Innen- vor Außenentwicklung für lebendige Dorfkerne.

KLJB-Beschluss: Junges Wohnen auf dem Land (2017):



Wie wollen sie den dorfkernnahen Wohnungsbau für junge Menschen auf dem Land fördern?



Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen und ist zur sozialen Frage unserer Tage geworden. Wir nehmen den Verfassungsauftrag des Art. 106 der Bayerischen Verfassung, dass jeder Bewohner Bayerns einen Anspruch auf eine angemessene Wohnung hat, ernst. Die Kommunen sind die entscheidenden Akteure beim Bauen. Wir wollen die kommunale Planungshoheit stärken und Kommunen den Ankauf von Grundstücken für den sozialen Wohnungsbau wie auch für das Bauen und Instandhalten von Infrastruktur erleichtern. Zudem wollen wir kommunale Planungs- und Steuerungsmöglichkeiten verbessern und Kommunen mehr Flexibilität bei der Ausweisung von Bauland und für eine dichtere Wohnbebauung ermöglichen. Ortskerne und Innenstädte sollen wieder stärker zu Zentren der Bürgergesellschaft werden.



Nach den Grundsätzen „Innen vor Außen“ und „Orte der kurzen Wege“ setzen wir konsequent auf lebendige Ortszentren und innovatives, bezahlbares Wohnen auf dem Land. Den Kreislauf von fortwährendem Abriss und Neubau wollen wir mit einer neuen Umbaukultur durchbrechen. Gebäude modernisieren und sanieren, anbauen und umbauen wollen wir mit einer Umbauordnung erleichtern. Mit der Wohnraumförderung wollen wir gezielt Anreize zur Schaffung von attraktivem Mietwohnraum im ländlichen Raum setzen, der den Bedürfnissen einer modernen, sozialen und umweltgerechten Gesellschaft entspricht. Die Mittel aus dem Bundesprogramm „Junges Wohnen“ wollen wir gezielt einsetzen und zusätzliche Mittel bereitstellen. Das genossenschaftliche Wohnen als dritte Säule der Wohnraumversorgung und gemeinschaftliche Wohnformen wollen wir stärken. Mit einem Landesprogramm zur Quartiersentwicklung fördern wir eine alters- und generationengerechten Siedlungsentwicklung und stocken die Mittel für die Städtebauförderung deutlich auf.



Die Siedlungsstrukturen in Bayern unterscheiden sich je nach den unterschiedlichen Gebieten. Ein pauschaler Lösungsansatz für ganz Bayern ist hier nicht möglich. Die FREIEN WÄHLER fordern jedoch den tatsächlichen und rechtlichen Handlungsspielraum für die bayerischen Kommunen, um hier zu angemessenen Lösungen zu finden. Hierbei kann und soll auch auf die Erfahrung anderer Bundesländer zurückgegriffen werden.



Wir als SPD wollen den Bau von bezahlbaren Wohnungen in Bayern zur Chefsache machen und massiv vorantreiben. Unser Ziel sind 80.000 neue Wohnungen pro Jahr und davon 15.000 öffentliche Wohnungen. Dafür müssen der Freistaat sowie die Städte und Gemeinden viele bezahlbare Wohnungen bauen. Wir wollen daher, dass der Freistaat den Kommunen verbilligt staatliche Grundstücke zur Verfügung stellt, um darauf leistbaren Wohnraum zu errichten. Wir werden die Baulandsteuer einführen: Damit werden baureife Grundstücke stärker besteuert, die aus Spekulationszwecken nicht bebaut werden. Damit aktivieren dringend benötigte Baugrundstücke im Ort und schaffen Wohnraum. Außerdem werden wir Förderprogramme für den nachhaltigen Wohnungsbau und Ortskernsanierungsprogramme einführen. Die Bundesförderung für selbstgenutztes Wohneigentum für Familien mit Kindern und niedrigen bis mittleren Einkommen wollen wir in Bayern aufstocken. Wir werden neue bzw. alternative Wohnkonzepte stärker fördern, wie beispielsweise das inklusive Wohnen oder das Generationenwohnen. Wir setzen uns ein für den Ausbau und eine bessere finanzielle Ausstattung des bayerischen Städtebauförderungsprogramms.



Wir glauben, dass private Investitionen ein entscheidender Motor für den Wohnungsbau sind. Um diese zu fördern, wollen wir insbesondere bürokratische Hürden abbauen. Wir setzen uns dafür ein, die Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen und zu vereinfachen, um private Unternehmen und Personen dazu zu ermutigen, in den Wohnungsbau zu investieren. Anstatt den Flächenverbrauch zu erhöhen, möchten wir den Fokus auf die Nutzung vorhandener Strukturen legen. Das bedeutet, dass wir die Revitalisierung und Modernisierung von alten, leerstehenden Gebäuden in den Dorfkernen fördern wollen. Hierfür könnte man Anreize, beispielsweise durch steuerliche Begünstigungen geben. Um den ländlichen Raum aber generell attraktiv zu halten, ist es unerlässlich, dass neben Wohnraum auch eine gute Infrastruktur vorhanden ist. Daher befürworten wir Investitionen in die digitale Infrastruktur, den öffentlichen Nahverkehr und die lokale Versorgung.

Interviews mit fünf jungen Kandidat*innen:

FDP



Name: Kerry Hoppe
Ort: München
Stimmkreis: München -
Ramersdorf (FDP)
Wahlkreis: Oberbayern
Jahrgang: 2001
Beruf: Jura-Studentin und
Reserveoffizieranwärterin

Wie hast Du zu dieser Partei gefunden?

Meine Familie kommt ursprünglich aus den USA, daher haben mich die Präsidentschaftswahlen 2016 irrsinnig politisiert und auch persönlich sehr bewegt. Da ich aber in Amerika selbst nichts politisch beitragen konnte, wollte ich mich in Deutschland parteipolitisch engagieren. Beim Blick in die verschiedenen Parteiprogramme hat mich dann der ganzheitlich-liberale Blick der FDP bzw. Jungen Liberalen überzeugt. Das positive Menschenbild, das von einem fähigen und eigenverantwortlichen Individuum ausgeht, verknüpft mit dem großen politischen Augenmerk auf Chancengerechtigkeit und weltbeste Bildung hat bei mir sehr resoniert.

Gibt es ein Thema, bei dem alle aus der jungen Generation gemeinsam was erreichen können?

Ich würde es sogar noch weiter spannen, es gibt ein Thema, bei dem alle Generationen gemeinsam etwas erreichen können: Wahlalter 16. Die Frage, wer in

unserer Demokratie partizipieren darf und wer nicht, gehört zu den grundlegendsten gesellschaftlichen Fragen. Wer als Feuerwehrfrau, Rettungssanitäter oder Auszubildender schon vor dem 18. Geburtstag gesellschaftliche Verantwortung übernimmt, der verdient auch eine echte politische Repräsentation. Im Rahmen des Volksbegehrens Vote16 können wir hier gemeinsam als gesamte Gesellschaft – nicht nur als junge Generation - ein Zeichen für eine starke Demokratie setzen.

Wenn Du nur einen Wunsch frei hast, was sollte bis 2028 in Bayern geändert werden?

Ich glaube, dass es kein umfassenderes, dringenderes Thema gibt, als unsere aktuelle politische Kultur, die mir persönlich viele Sorgen bereitet. Ich wünsche mir deshalb für 2028, dass wir als demokratische Parteien verstanden haben, dass wir alle gemeinsam daran arbeiten, das Leben im Freistaat zu verbessern – trotz unterschiedlicher parteipolitischer Ansätze. Statt immer mehr destruktiven Populismus brauchen wir einen konstruktiven Diskurs, der um die beste politische Lösung ringt. Nur so können wir dafür sorgen, dass wir diejenigen, die das Vertrauen in die Politik und die Leistungsfähigkeit der Demokratie verloren haben, wieder zurückgewinnen.

Bayern
SPD



Name: Luisa Haag
Ort: Abensberg
Stimmkreis: Kelheim (SPD)
Wahlkreis: Niederbayern
Jahrgang: 1994
Beruf: Lehrerin am Gymnasium

Wie hast Du zu dieser Partei gefunden?

Nach dem Abitur wollte ich parteipolitisch aktiv werden und mich einbringen. Ich habe mich an meinen Laptop gesetzt und die Internetseiten der SPD, der Grünen und der Linken durchforstet. Dabei war mir sehr schnell klar, dass die SPD aufgrund ihrer Grundsätze die einzig richtige Wahl für mich ist. Auch die Geschichte der Partei hat mich sehr beeindruckt.

Gibt es ein Thema, bei dem alle aus der jungen Generation gemeinsam was erreichen können?

Ich denke, dass interessenbezogene und auch parteiübergreifende Zusammenarbeit ganz häufig der Weg zum Ziel sein kann. Gerade die Senkung des Wahlalters beispielsweise betrifft die junge Generation. Hier sind aktuell viele junge Menschen in Bayern gemeinsam laut und stehen für ihr gemeinsames Interesse ein. Gleiches gilt auch für den Klimaschutz.

Wenn Du nur einen Wunsch frei hast, was sollte bis 2028 in Bayern geändert werden?

Mich auf einen Wunsch zu beschränken, ist sehr schwer. Ich würde mir wohl wünschen, den Lehrkräftemangel zu beenden und das Schulsystem so zu verändern, dass Leistung zeitgemäß gemessen wird und weniger Druck – vor allem durch unangekündigte Leistungsnachweise – auf den Schülerinnen und Schülern lastet. Dazu müssten auch sofort die Lerngruppen verkleinert und der 45-Minuten-Takt aufgebrochen werden.



Luisa Haag steht wie alle jungen Kandidat*innen gerne für Gespräche mit Jugendverbänden zur Verfügung!



Name: Maria Hörtrich
Ort: Ebersberg
Stimmkreis: Ebersberg (FW)
Wahlkreis: Oberbayern
Jahrgang: 1997
Beruf: Erzieherin und Sozialpädagogin

Wie hast Du zu dieser Partei gefunden?

Politik war mir schon immer wichtig. Als Klassen- und Schülersprecherin meiner Schule habe ich schon früh Ämter und deren Verantwortung übernommen. Später haben mich extrem viele Themen aufgeregt und mir war klar, dass ich selbst aktiv werden muss, um einen kleinen Teil zur möglichen Lösung beizutragen.

Ich habe mir daraufhin die Parteiprogramme näher angesehen. Mir war klar, dass ich mich in einer Partei der Mitte anschließen möchte. Die Forderungen und Arbeit der Freien Wähler haben mich überzeugt – sowohl in meiner Kommune vor Ort, als auch im Land – und so bin ich Freie Wählerin geworden.

Gibt es ein Thema, bei dem alle aus der jungen Generation gemeinsam was erreichen können?

Wir können JEDES Thema nur gemeinsam schaffen – durch eine sachliche politische Diskussion und das

Finden eines Kompromisses. Ein Thema das mir hier besonders wichtig ist: Politische Jugendbeteiligung. Wir als junge Generation müssen uns dafür stark machen in politische Entscheidungsprozesse miteinbezogen zu werden.

Darüber hinaus gibt es weitere Themen, bei denen junge Menschen gemeinsam etwas erreichen können, wie beispielsweise Bildung, Chancengleichheit, Digitalisierung oder soziale Gerechtigkeit. Indem wir uns zusammenschließen, unsere Anliegen artikulieren und aktiv an Entscheidungsprozessen teilnehmen, können wir positive Veränderungen bewirken und eine lebenswerte Zukunft gestalten.

Wenn Du nur einen Wunsch frei hast, was sollte bis 2028 in Bayern geändert werden?

Mein Herzensthema: Ich wünsche mir, dass wir es gemeinsam schaffen, den Fachkräftemangel im Sozialen Bereich zu beheben. Unsere Kinder sind unsere Zukunft und sie haben es verdient mit einer hochqualitativen Betreuung und Bildung aufzuwachsen – mit Fachkräften die entsprechend vergütet werden und in ihrer Arbeit Rahmenbedingungen vorfinden, unter denen sie weiterhin gute pädagogische Arbeit leisten können.



Name: Tim-Luca
Rosenheimer
Ort: Bamberg
Stimmkreis: Landkreis Bamberg
(Grüne)
Wahlkreis: Oberfranken
Jahrgang: 1998
Beruf: Mittelschullehramt-
Student

Wie hast Du zu dieser Partei gefunden?

Mich hat in den Jahren 2015 und 2016 überzeugt, dass die Grünen ganz klar und deutlich für eine humanistische Politik eingestanden sind und davon, trotz immensen gesellschaftlichen Drucks, ihre Grundwerte nicht aufgegeben haben, sondern weiterhin für die Wahrung von Menschenrechten und den Schutz von Schutzbedürftigen eingetreten sind.

Genauso überzeugt mich die Standfestigkeit im Klimaschutz. Nicht erst seit Jahren, sondern seit Jahrzehnten sind die Grünen die Partei, die sich am hartnäckigsten für Klimaschutz und damit den Schutz der Zukunft einsetzt.

Gibt es ein Thema, bei dem alle aus der jungen Generation gemeinsam was erreichen können?

Ja beim Wahlalter 16! Wir können als junge Menschen erreichen, endlich mehr Mitspracherecht zu erhalten.

Und das ist wichtig, denn die Entscheidungen, die aktuell getroffen werden, betreffen uns tendenziell am längsten.

Und dieses gemeinsam erkämpfte Mitspracherecht können wir dann nutzen, um für unsere Zukunft zu streiten. Also uns einzusetzen für einen Weg in Richtung Klimaneutralität und für ein zukunftsfähiges, resilientes Bayern!

Wenn Du nur einen Wunsch frei hast, was sollte bis 2028 in Bayern geändert werden?

Da die Wahlaltersenkung bestimmt schon genannt wurde und ‚mehr Klimaschutz‘ oder „mehr soziale Gerechtigkeit“ zu unkonkret wäre, entscheide ich mich bei meinem Wunsch für eine ganz konkrete Sache: Die Errichtung eines Nationalparks im Steigerwald. Mit großflächigen Waldschutzgebieten schützen wir nicht nur die Artenvielfalt und das Klima, sondern wir können auch viel zur regionalen Entwicklung beitragen. Es wird Zeit unsere Buchenwälder endlich entsprechend zu schützen, deshalb geht mein Wunsch hier auch an einen 3. Nationalpark in Bayern im nördlichen Steigerwald.

Jung und wählbar

CSU



Name: Kristan von Waldenfels
Ort: Lichtenberg
Stimmkreis: Stadt und Landkreis Hof (CSU)
Wahlkreis: Oberfranken
Jahrgang: 2000
Beruf: Bürgermeister, Student der Philosophie und Volkswirtschaft

Wenn Du nur einen Wunsch frei hast, was sollte bis 2028 in Bayern geändert werden?

Es muss sehr viel mehr in die Bildung investiert werden, und zwar vom Kindergarten bis zu den Hochschulen. Wir haben viel zu viele Schulabbrecher. Und viel zu viel Unterrichtsausfälle. Gute Bildungspolitik ist immer auch gute Sozialpolitik. Nur wer gut ausgebildet ist, findet einen angemessenen Platz in der Gesellschaft.

Wie hast Du zu dieser Partei gefunden?

Der Wunsch war: Ich wollte mich gesellschaftlich engagieren, wie ich es schon als Schüler in der SMV und im CVJM getan hatte. Da lag der Gedanke an die Politik nicht fern. Die Wahl fiel auf die CSU, weil sie für mich die richtige Mischung aus einerseits Bodenständigkeit, andererseits aber Weltoffenheit verkörpert.

Gibt es ein Thema, bei dem alle aus der jungen Generation gemeinsam was erreichen können?

Gibt es ein Thema, bei dem alle aus der jungen Generation gemeinsam was erreichen können?

Es muss uns gelingen, nachhaltige Lösungen für die zwei großen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte zu finden: Klimawandel und Migration.



Kristan von Waldenfels war bei der KLJB-Landesversammlung 2023 im „Politischen Café“ als Vertretung der Jungen Union dabei.

Vote16 - Standard-Fragen & Antworten zum Volksbegehren:

Der BJR und Vote16 haben in Social-Media-Beiträgen und in einem Flyer viele Standard-Fragen und Antworten gesammelt.

Hier unsere liebsten und beim Unterschriften-Sammeln sehr häufigsten davon:

„Jugendlichen fehlt die soziale und politische Reife, um zu wählen!“

Vor 200 Jahren bestand das Wahlvolk aus über 25jährigen Männern, die das „richtige“ Steueraufkommen, die „richtige“ Hautfarbe usw. hatten. Die Einteilung der Bevölkerung in Wahlberechtigte und Nicht-Wahlberechtigte aufgrund von Vermögen, Ethnie oder Geschlecht ist in modernen Demokratien nicht mehr vorstellbar. Anders als beim Thema Wahlaltersabsenkung oftmals behauptet, ist eine Einteilung in Wahlberechtigte und Nicht-Wahlberechtigte aufgrund des politischen oder sozialen Wissens bzw. ihres Intelligenz- oder Bildungsgrades ebenfalls unzulässig.

Unabhängig von dieser Unzulässigkeit der Reifekriterien ist aber auch die Ausgangsbehauptung, dass jungen Menschen die Reife fehle, mittlerweile widerlegt. Politisches Interesse und politisches Wissen fallen bei 16- und 17-Jährigen nicht niedriger aus, als bei 18- und 19-Jährigen.

Der Entwicklungspsychologe Klaus Hurrelmann belegt zudem, dass bereits im Alter von zwölf Jahren differenziertes Denken und Urteilen möglich ist. Außerdem verfügen junge Menschen über ein überdurchschnittlich hohes Maß an Kompetenzen im Umgang mit modernen Informationstechnologien, inzwischen unabdingbar für eine umfassende und fundierte Meinungsbildung.

„Eine Wahlaltersenkung muss juristisch an die Volljährigkeit gebunden sein.“

Die Volljährigkeit wird weder vom Verfassungsgesetzgeber noch vom Wahlgesetzgeber als zwingendes Datum für das aktive Wahlrecht gewertet. Das zeigt die Bundestagswahl 1972, bei der das Mindestalter der aktiven Wahlberechtigung niedriger war als die Volljährigkeitsgrenze: Die Verfassung hatte das aktive Wahlalter bereits auf 18 Jahre herabgesetzt, jedoch lag die Volljährigkeit noch bei 21 Jahren. Zudem läuft die Schutzfunktion der Volljährigkeit bei der Wahl leer, weil die Wahlentscheidung die wählende Person nicht bindet. Sie bedarf keines Schutzes. So nachvollziehbar diese Argumentation bei einer Debatte um das passive Wahlrecht (also Wahl als Abgeordnete mit 16 Jahren) sein mag, so unzutreffend ist sie bei der Frage des aktiven Wahlrechts.



„Die Jugendlichen haben doch gar kein Interesse an der Politik!“

Viele Jugendliche wünschen sich mehr Mitbestimmung in der Politik, laut Studien ist ihr politisches Interesse in etwa genauso hoch wie das der Erwachsenen, zudem lag die Wahlbeteiligung jugendlicher Erstwähler - so etwa in Bremen, wo bereits ab 16 Jahren gewählt werden darf - über der Wahlbeteiligung der 21- bis 25-Jährigen. Es widerspricht somit dem aktuellen Wissensstand, davon auszugehen, dass Jugendliche nicht an Politik interessiert wären. Die recht häufig anzutreffende Skepsis Jugendlicher gegenüber einer Wahlaltersenkung hat ganz andere Gründe als fehlendes Interesse: Jugendliche stellen an sich selbst den Anspruch, über eine sehr gute Kompetenz auf dem Feld der Politik zu verfügen, um an Wahlen teilnehmen zu dürfen - zeigen also einen tiefen Respekt vor der Tragweite demokratischer Prozesse.

„Jugendliche tragen noch nichts zur Gesellschaft bei und verdienen deshalb keine Mitsprache!“

Jugendliche beginnen schon vor ihrer Volljährigkeit mit Erwerbsbiographien, sie engagieren sich ehrenamtlich und tragen aktiv zum gesellschaftlichen Gefüge bei. Wer bei der Polizei oder einem Rettungsdienst arbeitet, sich bei der Freiwilligen Feuerwehr einbringt und als Steuerzahler*in unser Sozialsystem mitfinanziert, der verdient eine echte parlamentarische Repräsentation.

Info

Was müsst ihr noch beim Unterschriftensammeln für Vote16 wissen?

- ⦿ Aufgemerkt: Leider wird es einem Volksbegehren in Bayern nicht leicht gemacht, z.B. müssen wir immer einheitliche Unterschriftenlisten im A3-Format beidseitig bedruckt verwenden
- ⦿ So müssen wir immer für jede der rund 2.000 Gemeinden in Bayern eigene Listen führen!
- ⦿ Denn diese werden in den Gemeinden kontrolliert, ob auch nur zur Landtagswahl in Bayern Wahlberechtigte aus der Gemeinde (ab 18! Seit drei Monaten in Bayern!) unterschreiben.
- ⦿ Unterschriftenlisten könnt Ihr bei der KLJB-Landesstelle in München, in Diözesanstellen oder den Kreis- und Stadtjugendringen abholen oder im Originalformat A3 selbst ausdrucken.

Alle Infos:
www.vote-16.de



Tipp



BJR-Flyer mit allen Argumenten zu Gegenargumenten:

PRO WAHLRECHT!

Wahlalter senken -
Zukunft gestalten

kljb.click/bjrflyer



Cook & Talk. Politik geht durch den Magen?!

ZIELSETZUNG	Teilnehmende kommen niederschwellig mit politischen Verantwortungsträger*innen ins Gespräch.
MATERIAL	Küche, Lebensmittel, Geschirr und Besteck, Esstisch
DAUER	zwei bis drei Stunden

ABLAUF

Für viele Jugendliche ist es gar nicht so einfach, im Frontalgespräch mit Bürgermeister*innen oder Politiker*innen zu bestehen. Ganz anders kann das in lockerer Atmosphäre sein. Warum also nicht beim Kochen? Ladet eine*n Politiker*in eurer Wahl in euer Jugendheim ein, um gemeinsam ein kleines Menü zu zaubern, gerne auch mit internationalen Freund*innen aus eurem Ort. Währenddessen kommt ihr locker ins Gespräch und setzt dies beim Essen fort.



Variante 1

- Eine Variante ist die Form „Grillen und Chillen – so geht Politik bei uns“, also ein Grillen mit einem politischen Gast, den ihr auch nach seinem Geschmack fragen könnt, um danach zu von euch vorbereiteten politischen Fragen zu kommen.

Variante 2

„Kitchen-Talk“

Ähnlich läuft der „Kitchen-Talk“ des KJR Donau-Ries: Hier werden Politiker*innen in eine Schulküche eingeladen. Dort kochen Jugendliche mit den Politiker*innen, die immer wieder durchrotieren. So entstehen neben den Gerichten auch Gespräche, die niederschwellig sind. Danach wird natürlich gemeinsam gegessen und geredet.

Infos: www.kjr-donau-ries.de
& Christian Wüst, www.kljb-augsburg.de

Speed-Dating mit der Politik

ZIELSETZUNG	Junge Menschen lernen in kurzer Zeit verschiedene Politiker*innen kennen und kommen mit ihnen ins Gespräch.
MATERIAL	Gong, Dankeschön-Geschenke für Gäste, evtl. Häppchen und Getränke
DAUER	ca. 1,5 Stunden

Mit einem Abgeordneten auf Augenhöhe diskutieren, viele verschiedene Meinungen loswerden und hören und unterschiedliche Politiker*innen in kürzester Zeit kennenlernen – das und noch viel mehr könnt ihr bei einem politischen Speed-Dating erleben. Zunächst einmal solltet ihr viele junge Menschen aus eurem Ort, Nachbar-Ortsgruppen oder dem ganzen Kreis einladen. Dazu eignet sich am besten ein Flyer, Social Media und Mundpropaganda.

Natürlich darf auch die Politik nicht fehlen. Überlegt euch, wer für die jungen Menschen bei eurem



Speed-Dating relevant ist. Vielleicht eure Bürgermeister*innen, eure Landrät*innen, Abgeordnete aus Landtag und Bundestag, jemand aus dem Gemeinderat oder andere engagierte Personen vor Ort und ladet diese zu eurem Speeddating ein. Um die Politik anzulocken, könnt ihr kräftig Werbung für euch und die politikinteressierten jungen Menschen auf eurer Veranstaltung machen. In der Regel kommen sie aber gern zu Veranstaltungen mit jungen Menschen.

Vorschlag für einen möglichen Ablauf:

- Begrüßung der Teilnehmenden und der Gäste aus der Politik
- Kurze Vorstellung des Ablaufs
- Ein kleines Ice-Breaker-Spiel, z. B. ein Vier-Ecken-Aufstellungs-Spiel
- Vorstellung der KLJB und einzelner Themen der KLJB (Anregungen für die späteren Gespräche)
- Dates an den Tischen (z. B. bei 6 Gästen aus der Politik: 6 Dates à 15 Minuten; Aktionen an verschiedenen Tischgruppen, die Gäste wandern von Runde zu Runde einen Tisch weiter)
- Abschlussrunde mit Feedback von allen
- Gemütlicher Ausklang

KLJB-Politiker*innen-Speed Dating „Bock auf Wahl“

Im September 2021 fand in Würzburg unter dem Titel „Bock auf Wahl“ ein KLJB-Politiker*innen-Speed Dating vor der Bundestagswahl statt.

KLJBler*innen und Gäste konnten dabei in entspannter Atmosphäre zusammenkommen und die Vertreter*innen der Jugendorganisation von SPD, FDP, CSU und Bündnis 90/Die Grünen mit ihren Fragen löchern. Das Speed-Dating war eine Veranstaltung im Jahresprojekt „Seid laut! ... denn wir haben eine Stimme.“, bei dem es um die Themen Politik, Demokratie und Mitbestimmung ging.

Die Teilnehmer*innen diskutierten bis in den späten Abend hinein über vielfältige Themen von CO₂-Zertifikatehandel und Solarzellen, über den ÖPNV bis hin zur Legalisierung von Cannabis.

Wie bei einem Speed-Dating konnte mit jeder*jedem der Kandidat*innen kurz gesprochen werden. Hierzu standen immer zwei der Vertreter*innen von zwei verschiedenen Parteien gemeinsam an einem Tisch und konnten von den Teilnehmenden alles gefragt werden, was diesen auf dem Herzen lag. Häufig ergaben sich daraus auch Diskussionen zwischen den Parteivertreter*innen.

Zum Abschluss gab es noch ein gemeinsames Resümee und die Möglichkeit, sich einmal ganz formlos mit den Jungpolitiker*innen auszutauschen und zu unterhalten.

Alles in allem war es ein sehr gelungener Abend mit vielen spannenden Debatten und Fragen, die hoffentlich bei der Wahlentscheidung helfen.

Annika Lipp, Jugendbildungsreferentin



Samuel Koch (Grünen Jugend)

Fotos: Miriam Markert



*Michael Reitmair & Anna Tanzer
(Jusos Würzburg)*



*(v.l.) Johannes Konrad (JU Würzburg-Land),
Manuel Rettner (KLJB Würzburg),
Tobias Dutta (Junge Liberale)*

„Ideale Politiker*innen“ und „Ideale Bürger*innen“ – Übung zur Wertschätzung

ZIELSETZUNG	Teilnehmende erkennen, dass die hohen Erwartungen an die Politik Ideale sind, denen kaum eine Person entsprechen kann. Anschließend vergleichende Reflexion zur Frage, ob alle Bürger*innen den Idealen einer Demokratie entsprechen und ob nicht alle Menschen von „hohen Idealen“ weit entfernt sind, aber doch Eigenschaften haben, die gute Voraussetzungen für Demokratie sind. Damit kann die gegenseitige Wertschätzung von Politik und Bürger*innen verbessert werden.
MATERIAL	Personenvorlage, Leitfragenkatalog
DAUER	30 bis 60 Minuten

ABLAUF

1. Schritt: Ideale Politiker*innen

Nehmt eine unten gezeigte Personenzzeichnung (oder eine selbst gestaltete) als A4-Kopie mit und stellt die Aufgabe:

Zeichnet für euch selbst jetzt ideale Politiker*innen!

- Welche Eigenschaften hat sie oder er?
- Was macht sie oder ihn aus?

Die Eigenschaften können etwa fünf Minuten in der Personenzzeichnung notiert oder visualisiert werden, denn die Personen werden anschließend ausgeschnitten und gemeinsam aufgeklebt auf ein größeres Papier.

2. Schritt: Zwischenreflexion

Die Gruppe diskutiert anhand folgender Leitfragen:

- Gibt es Leute in der Politik, die dieses Ideal erreichen können?
- Kennt ihr Leute in der Politik, die diesem Ideal nahekommen?
- Warum kann das vielleicht sehr schwierig sein?





3. Schritt: Ideale Bürger*innen

Zeichnet jetzt ideale Bürger*innen in der Demokratie.

- Welche Eigenschaften hat sie oder er?
- Was macht sie oder ihn aus?

Wieder wird jede*r für sich (in größeren Gruppen auch zu zweit möglich) schreiben und die Person nach etwa fünf Minuten ausgeschnitten.

4. Schritt: Zwischenreflexion

Die Frage liegt nahe:

- Können wir selbst alle dieses Ideal erreichen?
- Kennt ihr Leute, die diesem Ideal nahekommen?
- Warum ist das so schwierig?

In diesen Reflexionen geschieht die wichtige Erkenntnis, dass sehr hohe Erwartungen an die Politik, die oft mit Stammtischparolen („Die denken nur an sich, nicht an das Volk“ – „Die bereichern sich nur“ – „Die sind viel zu weit entfernt von uns“) verbunden werden können mit sehr hohen Erwartungen an alle Bürger*innen in der Demokratie, die ebenso schwer im Alltag zu erfüllen sind! Damit kann eine Kultur der „gegenseitigen Wertschätzung“ auch von Politik und Bürgerschaft gefördert werden.

WahlZirkus

Für eine große Gruppe interessierter junger Menschen können für eine dynamische Wahlveranstaltung oft Vertreter*innen verschiedener Parteien gewonnen werden, die sich den Fragen stellen und auch untereinander diskutieren.

Die Veranstaltung sollte von jungen Menschen selbst (ggf. mit Unterstützung) moderiert werden. Vertreter*innen der Parteien werden eingeladen, müssen sich ihre Redezeit und die Aufmerksamkeit des jungen Publikums aber erst verdienen: Der WahlZirkus beginnt mit kleinen Spielen, bei denen der zu gewinnende **PREIS REDEZEIT** ist!

Welche Spiele ausgewählt werden und mit wieviel Redezeit sie belohnt werden, sollte vorher genau überlegt und geplant worden sein. Wichtig ist, dass sie Spaß machen, lustig aussehen und vor allem nicht zu lange dauern, da das Thema immer noch bei politischen Inhalten liegen sollte.

Denkbare Beispiele: Hula-Hoop, Dosenwerfen, Bierdeckel-Challenge, Jugendquiz... (da findet ihr was!)

Die Politiker*innen können einzeln oder in einer Diskussionsrunde mit Fragen konfrontiert werden, bei denen sie ihre Redezeit einsetzen dürfen. Auch diese Fragen wollen gut vorbereitet sein und müssen vorab abgestimmt werden:

- Welche Fragen sind die dringendsten?
- Wieviel Zeit plant man wofür ein?
- Wie verhält sich der/die Moderator*in, wenn vom Thema abgekommen oder Redezeit massiv überschritten wird?

Die Eingeladenen sollten vorab auch informiert werden, wer noch eingeladen ist und mit welchem Ablauf (Zeitplan) zu rechnen sein wird. Oft muss bei den Parteibüros mehrfach nachgehakt werden, die Einladungen sollten also sehr frühzeitig per E-Mail verschickt werden. Falls Wunschkandidat*innen verhindert sind, kann eine Stellvertretung geschickt werden.

Klassische Fragen für das Vorbereitungsteam: Wer macht die Technik, Begrüßen und Verabschieden oder Namensschilder? Woher bekommt man Getränke? Wo veranstaltet man den Zirkus? All dies muss überlegt werden – aber es lohnt sich!

Weiter gedacht nach einer Idee von der U18-Landeskoordinierungsstelle Berlin

Tipp

Lokale Medien haben eventuell Interesse an einer Unterstützung der Veranstaltung, auch die Prüfung vorhandener Förderungsmöglichkeiten kann sinnvoll sein. Falls Medien kommen möchten, sprecht Euch mit diesen sorgfältig ab, damit sich jeder seiner Aufgaben und Möglichkeiten bewusst ist. Darf ein Reporter auch Fragen stellen?

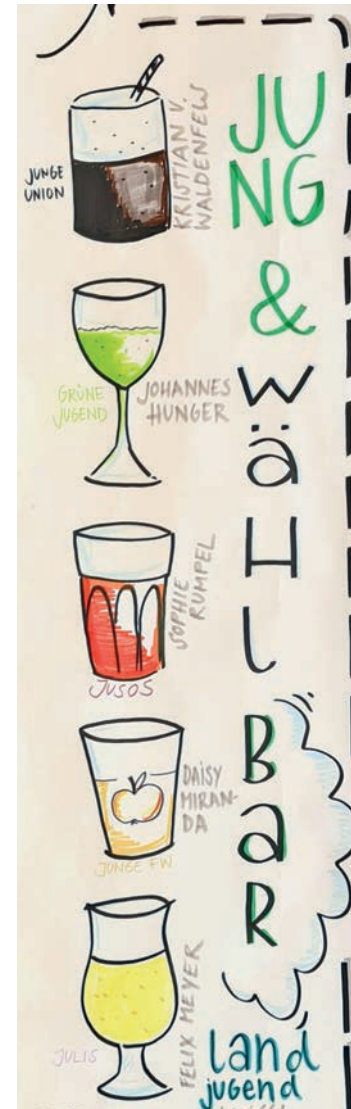
Wahl-Bar-Cocktails



Bei der KLJB-Landesversammlung im Mai 2023 hat der AK PuG (Politik & Gesellschaft) eine kleine Wahl-Bar angeboten – ganz einfach die Parteifarben der Gäste in hier tagsüber alkoholfreie Cocktails umgesetzt:

- Schwarz (CSU) = Fritz-Cola Light
- Grün = "Isarwasser", O-Saft + Blue Curacao 0%
- Orange (FW) = Apfelsaft
- Rot (SPD) = O-Saft + Passoa oder Grenadine
- Gelb (FDP) = Mojito virgin mit Limette
- Und eine nicht geladene Partei war die mit Eiswürfeln.

Was sind eure
Wählbar-Cocktails?



Quararo®



Das Wort QUARARO leitet sich ab vom arabischen qarar bzw. türkischen karar. Es bedeutet in beiden Sprachen „entscheiden“. Es ist ein Lernspiel zur Förderung der Fähigkeit zur Entscheidungs- und Meinungsbildung, das mit Kindern und Jugendlichen ab 10 Jahren, aber auch mit Erwachsenen oder in gemischten Gruppen gespielt werden kann.

Entscheidungen begleiten jede*n im Alltag. Wenn Jugendliche gefragt werden, wie eine demokratische Entscheidung aussieht, kommt erfahrungsgemäß als erste Antwort, dass “die Mehrheit entscheiden soll“. Dass es noch weitere, möglicherweise demokratischere Wege der Entscheidungsfindung gibt, ist oft weniger bekannt.

QUARARO kombiniert Theorie und Praxis in einem leicht zugänglichen pädagogischen Angebot, das es den Teilnehmenden ermöglicht, die Theorie der demokratischen Entscheidungsformen während des Spielens selbst zu erleben.

Tipp

Infos und Leihstandorte in Bayern:

www.quararo.de

Quararo beim Bezirksjugendring Oberbayern:

www.jugend-oberbayern.de/wir-sind-quararo-standort

Spielleiter*innen-Ausbildung ca. einmal im Jahr:

www.jugend-oberbayern.de/veranstaltungen

TAKE your PART



Besonders ländliche Regionen sind von den Bedarfen einer älteren Generation geprägt. Schaut man in entsprechende Gemeinde- oder Kreisträte, sieht man eine sehr homogene Gruppe von oft alteingesessenen, gut vernetzten, akzeptierten Bürgervertreter*innen unterschiedlicher Parteien, die besonders ihresgleichen vertreten.

Jugendbeauftragte und politische Jugendbeteiligung sind für junge Menschen oft nicht sichtbar. Es wird zwar eine Beteiligung von jungen Menschen gewünscht, jedoch wird nicht in ihrer „Sprache“ kommuniziert. Zugangsbarrieren sind zu hoch und wenn überhaupt, finden nur junge Menschen aus sozioökonomisch gut gestellten Familien den Weg in ein gesellschaftliches Engagement, die wiederum vordergründig ihresgleichen vertreten.

So kommt von mehreren Seiten der Wunsch nach Beteiligung auf. Doch wie gestaltet man eine möglichst ganzheitliche und nachhaltige Form der

Jugendbeteiligung? Wer gestaltet sie, wie bekommt man die verschiedenen Interessen zusammen?

Diesen Fragen soll sich in der Fortbildung für Jugendbeauftragte und Multiplikator*innen der Jugendarbeit genähert werden. Der Bezirksjugendring hat das Projekt in Kooperation mit den Betzavta-Trainerinnen Sabine Sommer und Lisa Theresa Gut und der Fachstelle für „Demokratie leben!“ Ebersberg entwickelt und führt diese nun einmal im Jahr in einem Landkreis durch.

Tipp

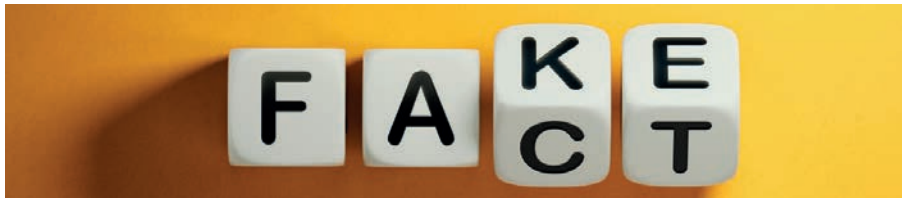
Weitere Infos unter:

www.betzavta-trainings.de/zielgruppen/kinder-und-jugendarbeit/#take-your-part

Ansprechpartnerin Quararo® und „Take your part“:
Mona Harangozó (Referentin für Diversität und Politische Bildung beim Bezirksjugendring Oberbayern
mona.harangozo@jugend-oberbayern.de

„Fake News“

ZIELSETZUNG	Jugendliche werden sich spielerisch der Schwierigkeit, zwischen wahren und falschen Nachrichten zu unterscheiden, bewusst.
MATERIAL	Smartphones, Papier, Stifte, Klebepunkte
DAUER	30 bis 45 Minuten



ABLAUF

1. Schritt:

Gruppe wird in Kleingruppen (2 bis 3 Personen) aufgeteilt. Kleingruppen bekommen den Auftrag, im Internet (ggf. ergänzend in Zeitungen) Nachrichten zu recherchieren und zwei wahre Nachrichten herauszufinden. Dabei ist es wünschenswert, wenn in den Kleingruppen eine Diskussion über die Seriösität von Quellen stattfindet.

2. Schritt:

Die Kleingruppe notiert auf einem Plakat die beiden Nachrichten und erfindet eine dritte dazu.

3. Schritt:

Die Blätter mit je drei Nachrichten werden im Raum verteilt. Alle Teilnehmenden bekommen Klebepunkte in der Anzahl der Plakate und platzieren einen Punkt bei der Nachricht, die sie für falsch halten.

4. Schritt:

Im Plenum wird aufgelöst, welche Nachrichten stimmen und welche nicht.

Im Anschluss kann eine Diskussion über den Umgang und die Rolle von „Fake-News“ im Internet und die damit verbundenen Schwierigkeiten folgen.

Planspiel: Landtagwahl in Niederkaltenkirchen!

Zur KLJB-Landesversammlung 2023 hat eine Arbeitsgruppe des Landesvorstands ein eigenes Planspiel für den Studienteil zur Landtagswahl erarbeitet. Alle Delegierten bekamen Rollenkarten und konnten in einem „ganz normalen“ Stimmkreis in Niederbayern einen Wahlkampf mit Wahl am Ende durchspielen – eine tolle Methode für politische Bildung, um sich auch in verschiedene Rollen und ihre Interessen im Wahlkampf reindenken zu können!

In fünf Phasen lief das Planspiel ab, für das wir auf Anfrage gerne weitere Infos schicken – es ist eine Zeit von mindestens 3,5 Stunden nötig und eine Gruppe von mind. 35 Personen, noch besser sind rund 50-70.

Die fünf Phasen waren

1. Einführungsphase, in der die Methode erklärt und die Rollen zufällig vergeben wurden
2. Wahlkampf-Standphase am Marktplatz
3. weitere Vorbereitungsphase in Gruppen
4. Podiums-Phase mit großer Debatte aller Kandidat*innen im Wirtshaus
5. gleich danach die Wahl-Phase mit Abstimmung aller Wahlberechtigten



Als Rollen gab es vier verschiedene Gruppen:

1. jeweils sechs Landtags-Kandidat*innen, die mit den Bezirkstags-Kandidat*innen und ihren Partei-Jugendorganisationen das Wahlkampf-Team stellten
2. Bürger*innen aller Schichten und Altersgruppen
3. Jungbürger*innen mit einer starken KLJB, aber auch anderen wie „Fridays for future“
4. Presse und weitere Medien

Das Wahl-Ergebnis wurde dann öffentlich im Wirtshaus ausgezählt und verkündet, in unserem Fall hat sehr überraschend die FW-Direktkandidatin den Stimmkreis gewonnen mit einer Stimme Vorsprung vor der CSU!

Tipp

Unterlagen und Infos:

Heiko Tammerna, h.tammerna@kljb-bayern.de

Knallbunt-gegen-Rechts-Koffer der KLJB Bamberg



Die KLJB Bamberg engagiert sich bereits seit Jahren mit eigenem Bildungsmaterial und im Bündnis „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg“.

Der Aktionskoffer „Knallbunt gegen rechts“ sammelt passende Methoden für jede Jugendgruppe: Wie heimlich rechtsextreme Gruppen ihr Gedankengut verbreiten, erfahrt ihr mit einer Veranstaltung aus diesem Koffer.

Dazu gibt es Infomaterial, Planspiele, Positionierungsspiele etc. – es geht darum, mit dem Koffer Farbe zu bekennen und mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen.

Das Ziel der Aktion: „Ihr werdet überrascht sein, wie selbstverständlich sich manche rechte Ideen in unseren Köpfen einnisten. Doch ihr könnt etwas dagegen tun!“

Kontakt:
www.kljb-bamberg.de

Demokratie erleben: Meldet euch als Wahlvorstand!



Warum nicht mal einen (halben) Sonntag lang Demokratie in Bayern live erleben? Stimmzettel ausgeben, einsammeln und am Ende auszählen? Die Chance habt ihr, wenn ihr euch als Wahlhelfer*innen bei der Gemeinde bewirbt.

Die Mitglieder der „Wahlvorstände“ sind wie etwa die „Wahlausschüsse“ in der KLJB für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen in den Wahllokalen zuständig; insbesondere werten und zählen sie die Stimmzettel aus und melden die Ergebnisse an die Gemeinde. Sie sind ehrenamtlich tätig und erhalten sogar eine Aufwandsentschädigung („Erfrischungsgeld“), dessen Höhe in Bayern die Gemeinden festlegen. Bei bayernweiten Wahlen werden bis zu 150.000 ehrenamtliche Wahlhelfer*innen benötigt.

Jeder Wahlvorstand besteht in der Regel aus fünf bis neun Mitgliedern. Wer selbst wahlberechtigt ist und Interesse an der Ausübung des Wahlehenamts hat, wendet sich bitte rechtzeitig vor einer Abstimmung an seine Gemeinde – oft freuen die sich über junge Leute, die mitmachen wollen!

Nur Achtung: Man muss halt am Wahlsonntag schon um 8:00 Uhr früh im Wahllokal sein. Dort teilt der Wahlvorstand dann zumeist ein, wer fünf Stunden bis mittags bleibt oder nachmittags dran ist. Um 18:00 Uhr kommen alle zusammen, um das Ergebnis ihres Wahllokals zu zählen – und es wird spannend: Welchen Beitrag zum Gesamtergebnis gibt es bei euch im Dorf?!

Wahl-O-Mat für Bayern – Ein KLJBler war dabei!

Es ist das bekannteste Tool zum Vergleich von Wahlprogrammen und ein Klassiker auch zum gemeinsamen Besprechen als Gruppe: Der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung - allein zur Landtagswahl in Bayern 2018 wurde er schon 2,78 Millionen Mal gespielt!

Wie schon im Jahr 2018 mit Simone Grill war wieder ein KLJBler dabei, wenn junge Menschen mit dem Team der Bundeszentrale die Fragen aussuchen: Manuel Rettner, Diözesanvorsitzender der KLJB Würzburg, hat nun direkte Einblicke und Möglichkeiten zur Beteiligung – klar, dass wir ihn danach gefragt haben:

Hallo Manuel, du warst dabei, als die Fragen für den Wahl-O-Mat zur Landtagswahl ausgewählt wurden.

Wie bist du überhaupt dazu gekommen?

Auf die Veranstaltung hat mich Heiko Tammena aufmerksam gemacht. Er postet öfters Einladungen zu spannenden Veranstaltungen in die Messenger-Gruppe des AK Politik und Gesellschaft. Daraufhin habe ich mich über die Internetseite der Bundeszentrale angemeldet und einige Wochen später die Zusage bekommen.

Wie fandest du denn die Auswahl der Fragen für den Wahl-O-Mat? Wer entscheidet denn da eigentlich?

Die Fragenfindung und -auswahl ist sehr transparent geschehen. Zunächst wurde man in fünf verschiedene



thematische Gruppen eingeteilt. Ich war in der Gruppe „Inneres, Justiz, Demokratie und Föderalismus“. Die weiteren Gruppen haben sich mit „Arbeit, Wirtschaft und Finanzen“, „Bildung und Familie“, „Soziales, Wohnen, Gesundheit, Kultur, Religion und Freizeit“ und „Umwelt, Energie, Verkehr und Infrastruktur“ beschäftigt.

Zunächst haben sich dann alle Gruppen tiefer mit ihrem Themengebiet beschäftigt und erste Thesen erstellt, die aber noch nicht ausformuliert waren. Dabei haben wir uns streng an den Wahlprogrammen aller Parteien, die zur Wahl antreten werden, orientiert. Denn es kann nur eine These in den Wahl-O-Mat kommen, die in den Wahlprogrammen vorkommt. Damit soll sichergestellt werden, dass der Wahl-O-Mat unparteiisch bleibt und keine eigenen (neuen) Themen vorgibt. Danach konnten wir die Ergebnisse der weiteren Kleingruppen begutachten. Haben sie an alle wichtigen Themen gedacht? Sind alle Forderungen relevant und verständlich?

Im dritten Teil ging es dann zur Ausformulierung der Fragen. Unsere Kleingruppe alleine hatte jedoch schon 40 Fragen. Deshalb musste man gleichzeitig die Fragen priorisieren. Jede Kleingruppe hat ihre Top 10 Fragen

auserkoren und zusätzlich noch 5-10 weitere Fragen. Die Top 10 aller Gruppen kommen sicher in den Fragenkatalog von 80 Fragen, den die Parteien zur Beantwortung zugesendet bekommen. Für die Auswahl der restlichen 30 Fragen wurde im Plenum über die weiteren Fragen aus dem Mittelfeld diskutiert und dann abgestimmt, welche noch dazukommen.

Im September werden wir uns nochmals treffen, um die Antworten der Parteien auf die 80 Fragen zu analysieren. Welche Fragen sind am relevantesten? Welche Fragen sind bei den Parteien am umstrittensten? Anhand dieser Kriterien werden dann die 38 finalen Thesen ausgewählt, die drei Wochen vor der Wahl veröffentlicht werden.

Die Thesenfindung ist also sehr komplex und zeitintensiv. Das ist aber nötig, um eine gewisse Qualität und Unvoreingenommenheit des Wahl-O-Mat zu gewährleisten.

Bei was für Themen hast Du Dich mit deinem Engagement aus der KLJB dafür ausgesprochen, dass sie auf jeden Fall mit in die Auswahl kommen sollen?

Die Auswahl der Fragen ist geheim. Deshalb kann ich dazu leider wenig sagen. Ich kann aber sagen, dass ich auch immer die Themen, die uns in der KLJB beschäftigen, im Hinterkopf hatte.



Viele Themen stecken im Wahl-O-Mat - so wie im „Graphic recording“ der Podiumsdiskussion der KLJB-Landesversammlung 2023. Danke dafür an Maria Stöckl (ehem. KLJB-Landesgeschäftsführerin bis 2022)!

Tipps



Der Link zum Wahl-O-Mat – ab Mitte September online!

www.wahl-o-mat.de/bayern2023



Politisch mitmachen in der KLJB Bayern:

1. KLJB-Landesversammlung

Die KLJB-Landesversammlung, traditionell am langen Wochenende nach Himmelfahrt, ist das Highlight im Kalender der Landesebene – Delegationen mit 12 Mitgliedern pro Diözese kommen zusammen, um auch politische Beschlüsse zu diskutieren und zu verabschieden. Wer es noch nicht kennt, unbedingt kommen. Meldet euch bei euren Diözesanvorständen, wie diese ihre Delegationen besetzen und ob noch Platz ist!



2. AK Politik & Gesellschaft

Der AK PuG (Politik & Gesellschaft) wurde auf Beschluss der KLJB-Landesversammlung gegründet, um einen Ort für aktuelle Debatten und Initiativen zu politischen und gesellschaftlichen Themen zu haben. Wir laden uns interessante Gäste und Referent*innen ein oder besuchen interessante Orte der Politik in Bayern wie z.B. den „Politischen Gillamoos“ in Abensberg, wo am 4. September 2023 alle Parteispitzen auftreten.

Sprecherin ist seit März 2023 Zoe Maier (KLJB München und Freising) – bei unserer Klausur am 29. Juli 2023 in Nürnberg legen wir unsere Themen und Termine für das nächste Arbeitsjahr fest und besuchen das Dokuzentrum im ehemaligen Reichsparteitagsgelände.



3. Landtag live 2024

Bald heißt es wieder „Landtag live“ – vom 11. bis 15. März 2024, der Termin ist nur noch vorbehaltlich der neuen Sitzungspläne, die Ende November 2023 bekannt sind. Sicher ist: 16 Teilnehmende aus Kolpingjugend und KLJB Bayern haben dann wieder die Möglichkeit, eine Praxiswoche lang Abgeordnete in Sitzungen zu begleiten und dazu ein tolles Programm zu bekommen - ein einmaliges Angebot der politischen Bildung, das euren Blick auf den Landtag definitiv verändern wird!

Die Ausschreibung gibt es ab September 2023 auf: www.kljb-bayern.de



Landtagspräsidentin Ilse Aigner und KLJB-Landesvorsitzender Franz Wacker im Gespräch



**Kontakt zum
AK PuG & Landtag live:**

Heiko Tammerna
KLJB-Landesstelle
h.tammerna@kljb-bayern.de

Rückblick Landtag live 2022:



Die frühere KLJB-lerin Ruth Müller (SPD) trifft auf die heutige KLJBlerin Nadine Steiger, beide aus dem Landkreis Landshut.



Die frühere ELJlerin Barbara Becker (CSU) trifft bei Landtag live 2022 auf die heutige KLJBlerin Daniela Kirchmeier aus dem Landkreis Straubing.

Linkliste Politische Bildung in Bayern

Bei vielen Institutionen gibt es Profis, die ihr als Referent*innen einladen könnt oder die in ihren Bildungsstätten passende Formate für euch anbieten:

- Bayerische Landeszentrale für politische Bildung.
www.blz.bayern.de
- Institut für Jugendarbeit in Gauting. Träger Bayerischer Jugendring (BJR).
www.institutgauting.de
- Akademie für Politische Bildung Tutzing am Starnberger See.
www.apb-tutzing.de
- Bildungsstätte in Bad Kissingen: Planspiele zu EU, Jugendbegegnungen mit Osteuropa.
www.heiligenhof.de
- Europäische Akademie Bayern: Planspiele, Jugendbegegnungen und Studienfahrten zu Europa.
www.europaeische-akademie.de
- Caritas-Pirckheimer-Haus (CPH) in Nürnberg, z.B. NS-Erinnerungsarbeit am Reichsparteitagsgelände.
www.cph-nuernberg.de
- Max-Mannheimer-Studienzentrum: Internationale Jugend-Begegnungen nahe der KZ-Gedenkstätte Dachau.
www.mmsz-dachau.de

- Forschungsgruppe Jugend und Europa des CAP. Gute Planspiele z.B. EU und Landtag.
www.cap-lmu.de/fgje

Parteinaher Stiftungen

Alle parteinahen Stiftungen sind offen für Interessierte und Ehrenamtliche aus der Jugendarbeit. Gerne nach Kooperationen mit Referent*innen fragen!

- CSU
www.hss.de (Hanns-Seidel-Stiftung)
- BayernSPD:
www.vollmar-akademie.de (Kochel)
www.frankenwarte.de (Würzburg)
www.bayernforum.de
www.fes-regensburg.de
- Bündnis90/Grüne Bayern
www.petra-kelly-stiftung.de
- Freie Wähler
www.bkb.de (Bildungswerk für Kommunalpolitik in Bayern e.V.)
- FDP Bayern
www.thomas-dehler-stiftung.de (Partnerin: Friedrich-Naumann-Stiftung)

Werkbrief: Das 1x1 der KLJB-Öffentlichkeitsarbeit

Auf Öffentlichkeitsarbeit können wir als KLJB gar nicht verzichten - Wir wollen ja alle Spinner*innen, Träumer*innen und Botschafter*innen sein und das nach außen tragen!

Der neue Werkbrief „1x1 der KLJB-Öffentlichkeitsarbeit“ im kreativen Kritzelblock-Format soll für alle KLJB-Gruppen und die ganze Jugendarbeit eine Arbeitshilfe sein, was „gute Öffentlichkeitsarbeit“ ist und wie sie funktionieren kann.

Wir geben viel Handwerkszeug und praktische Tipps mit zu Themen wie Fotos, Videos, Audio, Social Media, Pressearbeit, Verbandszeitschrift, Datenschutz und nicht zuletzt gibt es ein paar schöne Layout-Vorlagen!

Dabei ist uns klar, dass sich die Wege etwa für Social Media wie bisher ändern werden, aber einige Grundregeln und Erfahrungen bleiben doch immer gleich.



Werkbrief: Demokratie und Jugendbeteiligung

Es gibt Hintergrundtexte zur Demokratie in Geschichte und Gegenwart, in Kirche und Politik. Besonders hilfreich beim Start in Projekte zur Jugendbeteiligung sind die vielen Praxisbeispiele und Methoden aus der Jugendarbeit. Junge Menschen wollen sich politisch einmischen, sie wollen beteiligt werden – wir fangen damit an.

Beiträge zu den Themen:

- Demokratie, was ist das? Basiswissen, Informationen und Reflexionen
- Jugendbeteiligung klar, aber was heißt das genau?
- Wie gelingt gute Jugendbeteiligung online und offline?
- Jugendbeteiligung in der Praxis: Welche Beispiele gibt es?
- Was tun? Methoden, Adressen und Tipps für die Praxis vor Ort



Tipp

Bestelladresse für beide Publikationen:

www.landjugendshop.de oder per E-Mail: werkmaterial@kljb-bayern.de



Auf ein Getränk zur Wahl



Seit dem 7. Juli sind wöchentlich die Kurzvideos zur Landtagswahl in Bayern auf unseren Social-Media-Kanälen. Danke an alle, die mit viel Spaß und Offenheit für die Jugend dabei waren!

CSU



Dr. Markus Söder (MdL, CSU) trifft den KLJB-Landvorsitzenden Franz Wacker.

Grüne



Katharina Schulze und Ludwig Hartmann (MdL, Grüne) treffen den KLJB-Landvorsitzenden Kilian Gumpf.

FW



Hubert Aiwanger (MdL, FW) trifft den KLJB-Landvorsitzenden Stefan Gerstl.

Bayern
SPD



Florian von Brunn (MdL, SPD) trifft die KLJB-Landvorsitzende Antonia Kainz.

FDP



Martin Hagen (MdL, FDP) trifft die KLJB-Landvorsitzende Alexandra Fröhlich.



Im Kurzfilm „Gemeinsam gegen Hatespeech“ unterstützen 2022 fünf Prominente aus der Landespolitik die KLJB Bayern - schaut auch hier nochmal rein!

Wir bewegen das Land!

NO HATE SPEECH

www.kljb-bayern.de

KLJB
Katholische
Landjugendbewegung
Bayern